

# Volkswacht

Die Volkswacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.  
Bezugspreis monatlich 45 Pf. vierteljährlich 1,35 Mk., einschließlich Frachtkosten. In den Abholstellen monatlich 40 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,25 Mk. ausschließlich Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pf.

**Anzeigenpreis:**  
Die gespaltene Zeile 20 Pf. für auswärts 35 Pf., die 2 gespaltene Zeile 1 Mk. Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen 10 Pf. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet.  
Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

## Organ für die werftätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition  
Paradiesgasse Nr. 32

### Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr 18

Danzig, Sonnabend den 4. Mai 1918

9. Jahrgang

# Karl Marx

Geboren am 5. Mai 1818

Nimmer kann ich ruhig bleiben,  
Was die Seele stark erfährt,  
Nimmer will behaglich bleiben,  
Und ich stürme ohne Rast.  
(Aus einem Marxschen Jugendgedicht.)

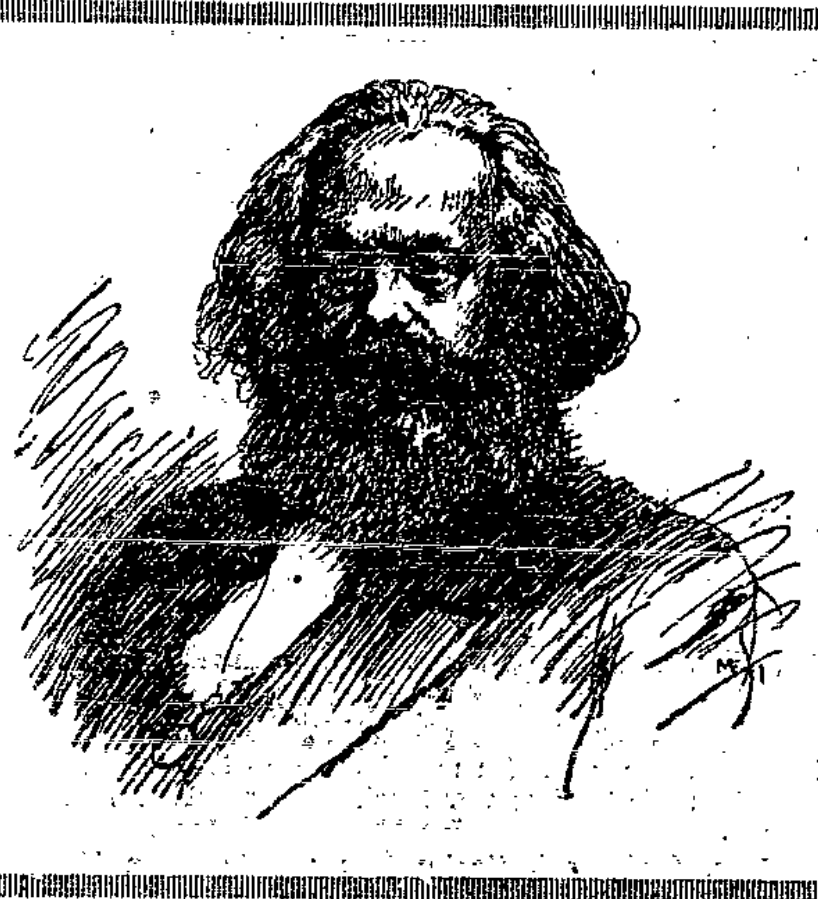
S. A. K. Wissenschaftlicher Begründer des Sozialismus, der der erwachenden Arbeiterklasse ihre historische Mission kundtut, ihr das geistige Rüstzeug ihres Kampfes liefert und ihr zugleich die politische Bahn weist, die sie zum Aufstieg führt — in dieser Vereinigung dreifacher Leistung liegt die große weltgeschichtliche Bedeutung des Mannes, dessen hundertsten Geburtstag wir morgen, am 5. Mai, feiern.

Genialer Denker, Pfadweiser und politischer Führer zugleich, der der Arbeiterklasse eine neue Gedankenwelt erschließt, sie zur Tat aufrüttelt und ihrem Suchen das Ziel zeigt, so steht er als geistiger Bahnbrecher am Beginn der modernen sozialistischen Arbeiterbewegung, die ihm mehr als irgend einem ihrer anderen großen Vorkämpfer ihre heutige mächtige Stellung in der Welt dankt. Besonderen Dank schuldet ihm die deutsche Arbeiterklasse. Was war der deutsche Sozialismus, bevor Karl Marx ihm die Erkenntnis seines Wesens und seiner historischen Aufgaben brachte? Ein Notruf und eine Anklage, eine Aufbaumung gegen den wirtschaftlichen Druck, die Besserung der Arbeiterlage forderte, aber sich im sozialen Entwicklungsstrom nicht zurechtfindend und deshalb Rettung in utopistischen Hoffnungen suchte. Wenn heute die deutsche Sozialdemokratie — mag immerhin im heftigen Kriegslärm mancher eine ausreichende realpolitische Erfassung ihrer geschichtlich gegebenen Stellung vermissen — sich im wesentlichen über die Bedingungen ihres Fortschreitens und den Weg, den sie zu gehen hat, klar ist, wenn sie immer mehr zur Befolgung einer zielbewussten Politik gelangt, die, auf der Erkenntnis der wirtschaftlichen Entwicklungsvorgänge fußend, die Mittel findet und abzuwägen weiß, die der Arbeiterklasse zu Gebote stehen, dann ist das vor allem ein Erfolg der Marxschen Lehre, wie es denn auch kein Zufall, sondern eine ganz natürliche Erscheinung ist, daß in jenen ausländischen Parteigruppen, in denen die Marxschen Theorien am wenigsten Wurzel geschlagen haben, auch die Befangenheit in luftigen Illusionen und die Neigung zur Utopisterei am größten ist.

Zwei Männer sind es vor allem, die wie Friedrich Engels am 17. März 1883 am Grabe unseres großen Altmeisters sagte, in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts die Weltanschauung ihrer Zeit umgewälzt und den kommenden Geschlechtern ein reiches Gedankengut zum weiteren wissenschaftlichen Aufbau hinterlassen haben: Marx und Darwin. Hat Darwin das Bewegungsgesetz der organischen Natur entdeckt und uns das organische Leben als einen stetigen Werdegang verstehen gelehrt, so hat Marx uns das Entwicklungsgesetz der Menschheitsgeschichte enthüllt, indem er uns zeigte, daß der wirtschaftliche Lebensprozeß der Gesellschaft in seiner gesetzmäßigen Stufenfolge und damit die jedesmalige wirtschaftliche Entwicklungsstufe eines Volkes und Zeitabschnittes die Grundlage bildet, aus der die Staatseinrichtungen, die Rechts- und Moralanforderungen, ja in weitergreifender Wirkung selbst die Kunst- und Religionsvorstellungen der betreffenden Menschen herauswachsen. Und weiter hat uns Marx, indem er uns in seinem „Kapital“ nachwies, wie der Mehrwert entsteht und welche Rolle er im kapitalistischen Produktionsprozeß spielt; das Grundgesetz der kapitalistischen Wirtschaftsweise in ihrem Gegensatz zu den vorausgegangenen primitiven Wirtschaftsformen aufgezeigt.

Zwei Entdeckungen, die freilich Marx kaum, wenigstens nicht in dieser Form und Fassung möglich wären, wenn ihm nicht ein anderer gewaltiger Denker des neunzehnten Jahrhunderts, Georg Wilhelm Friedrich Hegel vorgearbeitet und ihm gewissermaßen einen Teil des sozialphilosophischen Unterbaues geliefert hätte, auf dem sich das Gebäude der Marxschen Theorien erhebt. Marx steht auf den Schultern von Hegel nicht nur als manche Marxsisten zugestehen wollen. Als Marx sich im Oktober 1836 — nach vorausgegangenem Studium in Bonn — an der Berliner Universität, die sich da-

mals noch im Glanz von Hegels Ruhm sonnte, immatrikulieren ließ, fand auch der junge achtzehnjährige Student alsbald den Weg zu Hegel; aber die „großste Felsenmelodie“ der Hegelschen Philosophie behagte Marx, der sich bisher vornehmlich mit griechischer Philosophie beschäftigt hatte, recht wenig. Er ließ sich sogar dazu verleiten, einen langen philosophischen Dialog zu schreiben, betitelt „Aeantus oder vom Ausgangspunkt und Fortgang der Philosophie“, in dem er



sich gegen Hegel wandte. Doch während einer durch Ueberarbeitung hervorgerufenen Krankheit griff er erneut zu Hegel — und fand sein Damaskus. Die „Hegelei“ zog ihn völlig in ihren Bann, und bald schloß er sich der äußersten Linken der Hegelschen Schule, den „Junghegelianern“ an.

Diese Tatkraft war entscheidend für Marzens weiteren geistigen Entwicklungsgang. Er ist kein Bebelang Hegelianer geblieben. Freilich hat später die französische und englische Sozialphilosophie der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts Marzens Auffassungen zeitweilig stark beeinflusst, aber immer wieder bricht Hegels „Felsenmelodie“ durch, und besonders in den sozialhistorischen Partien des „Kapitals“ und in den geschichtlichen Exkursen seiner späteren Londoner Periode zeigt Marx sich wieder deutlich als alter Hegelschüler. Die Marxsche Gesellschafts- und Staatsauffassung, wie auch seine Geschichtstheorie ruhen auf Hegelschen Fundamenten. Allerdings hat Marx vielfach nur diese Fundamente, nur die Grundbegriffe und Grundunterscheidungen, übernommen, der Oberbau ist eigenes Werk, wenn auch oft Hegelsches Konstruktionsmaterial mit benutzt wird.

Durchaus hegelianisch ist zum Beispiel die Marxsche Auffassung der Gesellschaft als eines Systems von Bedürfnissen und der zu ihrer Befriedigung angewandten Arbeitstätigkeit, nur erkennt Marx weit schärfer als Hegel in dieser Arbeitstätigkeit, das heißt der stetigen Erzeugung und Wiederverzeugung des materiellen Lebensunterhalts, den eigentlichen Lebensprozeß der Gesellschaft und zugleich stellt er als neuen wichtigen Faktor im geschichtlichen Entwicklungsprozeß den Klassenkampf ein. Ebenso ist auch die Auffassung des Gesellschaftsvertrags als eines gesetzmäßigen dialektischen Prozesses der Hegelschen Geschichtsphilosophie entnommen, nur daß auch hier Marx neue Bedenkenmerkmale einschleibt und gewissermaßen, wie Engels sich später ausgedrückt hat, die Hegelsche Geschichtsauffassung vom Kopf auf die Füße stellt, indem er wieder zu den geschichtlichen Entwicklungstendenzen als dem primär Gegebenen zurückkehrt und nun in seiner „materialistischen Geschichtsauffassung“ die tatsächlichen historischen Vorgänge nicht als Verwirklichungen verschiedener Begriffsstufen, sondern umgekehrt diese Begriffsstufen als Abbilder der wirklichen Vorgänge sieht.

Die sozialphilosophischen und historischen Arbeiten von Marx fallen vornehmlich in seine erste Lebensperiode, die 1852

mit der Veröffentlichung des „Achtzehnten Brumaire“ schließt. In den nächsten Jahren seines englischen Lebens beschäftigte er sich vornehmlich mit wirtschaftlichen Studien. Er plante damals die Herausgabe eines großen ökonomischen Werkes, das gewissermaßen den wirtschaftlichen Lebensprozeß der Gesellschaft in seiner Entstehung und Verzweigung veranschaulichen sollte. Zunächst wollte er deshalb, wie aus einem später in der „Neuen Zeit“ (Jahrgang 1902/03, 1. Band) veröffentlichten Arbeitsplan hervorgeht, dem Produktionsprozeß in seinem geschichtlichen Entwicklungsgang schildern, von den einfachen ursprünglichen Wirtschaftsformen bis zur heutigen kapitalistischen Produktionsweise, um dann nach deren Vergliederung ihr Verhältnis zum Austausch sowie zum Verbrauch darzulegen und zu zeigen, wie sich aus dem Wirtschaftsgetriebe im Wechsel der Zeiten verschiedenartige Staats- und Eigentumsformen, Rechts- und Moralverhältnisse ergeben. Marx hat jedoch an diesem Plan nicht festgehalten. In seiner 1859 veröffentlichten Schrift „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ schlägt er einen anderen Weg ein, und auch diesen hat er später wieder verlassen: der erste 1867 erschienene Band des „Kapitals“ beginnt sogleich mit der Werttheorie und schildert dann die Verwandlung von Geld in Kapital, die Erzeugung des Mehrwerts und die Kapitalanhäufung, den sogenannten Akkumulationsprozeß.

Vom soziologischen Standpunkt ist zu bedauern, daß Marx nicht an seinem ersten Plan festgehalten hat; das „Kapital“ wäre zugleich zu einer marxistischen Soziologie geworden. Doch auch in seiner jetzigen Form ist es die bedeutendste volkswirtschaftlich-theoretische Tat der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts; einer unerforschlichen Fundgrube, aus der bis in die jüngste Zeit die Volkswirtschaftslehre ihre tiefsten Einblicke in das Wirtschaftsgetriebe bezogen hat. Zudem aber hat dieses Werk, indem es die inneren Zusammenhänge der kapitalistischen Wirtschaft bloßlegte, der Arbeiterklasse die wichtigsten Waffen in ihren Kämpfen geliefert. Es hat ihr den Produktionsmechanismus enthüllt und gezeigt, wie der Mehrwert aus unzähliger Arbeit fließt, und es hat ferner dargelegt, wie die Selbstständigkeit der Mittelschichten schwindet, die Kapitalanhäufung und Kapitalkonzentration immer riesigere Formen annimmt und das wirtschaftliche Neuerbende gegen die alten Eigentums- und Produktionsformen rebelliert; ein Prozeß, der schließlich zum Sieg des Sozialismus führen muß.

Leider war es Marx nicht vergönnt, selbst die weiteren Bände seines Lebenswerkes herauszugeben; den zweiten und dritten Band des „Kapitals“ hat bekanntlich Engels aus den nachgelassenen Manuskripten seines Freundes zusammengestellt.

Unser großer Altmeister war jedoch nicht nur ein Mann der Wissenschaft, er war nicht minder Politiker, Führer und Revolutionär, der immer wieder danach strebte, mitzuwirken an der Befreiung der Arbeiterklasse. Der Kampf war sein Lebenselement, und als Waffen in diesem Kampf hat er eine große Reihe geistprübender Abhandlungen, Broschüren und Artikel veröffentlicht, vom Jahre 1842 an, in dem er seine literarische Tätigkeit als Mitarbeiter an der ersten „Rheinischen Zeitung“ begann, bis zum Jahre 1883, als ihm nach langer Krankheit der Tod am Schreibtisch überraschte — darunter Schriften, wie das „Komunistische Manifest“, das „Manifest der Philosophie“, die „Klassenkämpfe in Frankreich“, der „Achtzehnte Brumaire“, der „Bürgerkrieg in Frankreich“ usw. Die wichtigste seiner Taten als Politiker aber war die Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation im Jahre 1864, deren Inauguraladresse er ebenfalls verfaßt hat.

Seit fünfundsiebzig Jahren ruht, was sterblich war von Karl Marx auf dem Friedhof zu Highgate; doch sein Geist lebt und führt noch heute die deutsche Arbeiterklasse in den Kampf. Mögen einzelne seiner Lehren von der Zeit überholt sein, in seinen Haupttragfäden steht noch immer sein Werk auf festem granitnen Sockel — und mit seinem Werk ragt sein Name in das zwanzigste Jahrhundert hinein als des größten Vorkämpfers des Proletariats, der dem Befreiungsdrang der Arbeiterklasse die Sprache, ihrem Kampf den geistigen Gehalt und ihrem heißen Ringen die Siegeszuversicht gegeben hat.

Heinrich C. ...



# Der Kampf der Wahlrechtsfeinde

## Wahlrechtsbündel

Im Westen geht es um Englands Weltmachtstellung. Opfern droht bereits das Schicksal, das der deutsche Ansturm schon so mancher für unüberwindlich gehaltenen Feists bereitet hat. Und die ganze Welt ist einzig in der Bewunderung über die unergleichen Waffentaten und die unüberleibliche Kraft der deutschen Volksarmee.

Ein deutscher Reichstangler, der nicht zuletzt aus diesem Grunde seinen Feinden weichen mußte, sprach deshalb von dem Volke, vor dem man medertmen mußte! Und nun wird mitten im W. rie. gegen dieses Volk in Berlin die Offensive der preussischen Junker und der kapitalistischen Großen von Stahl, Kohle und Hochfinanz gelämpft.

Für Kenner der Dinge konnte es keinen Zweifel darüber geben, daß die hochmögenden Gegner der Wahlrechtsvorlage des preussischen Königs in der zweiten Beratung alle Mühen bringen lassen würden. Die Gleichheit des Wahlrechts bedeutet für den Adel der Geburt und des Gelds den Todesstoß. Niemals vergeben die Blaublütigen und ihr kapitalistischer Troß diese Todeswunde gegen ihre Vorrechte. Und wer sie und ihre weitverzweigten Einflüsse und Verbindungen kannte, mußte ganz genau, daß sie sich keineswegs auf den ritterlichen Kampf in der Sonne des Mainfeldes beschränken.

Deshalb mußte man für die gestern begonnene zweite Beratung auf manche Überraschung gefaßt sein. Inzwischen haben Dänemarks Frauen zum erstenmal gewährt. Die Bondbarren und Kapitalisten Italiens geben ihrem kämpfenden Volke, das unter den Arbeitern viele Analphabeten besitzt, einhellig das politische Selbstbestimmungsrecht.

Preussens Barbaren und Industriejunker kennen solche demokratische Vorbilder nicht. Der Reichstangler versicherte noch vor dem 30. April, daß er mit dem gleichen Wahlrecht keine noch so tolle, und daß auch der Monarch unerträglich zu jedem feierlich versprochenen Worte für das Wahlrecht des Volkes stehe. Auch diese Versicherung erschütterte den Widerstand der Wahlrechtsfeinde nicht.

Schon vorher hatte die geographische „Deutsche Tageszeitung“ bewiesen, daß sie noch immer unter dem Banner unveränderlicher Königsstrenge für die unbedingte Erfüllung der Worte des Königs kämpft. Sie behauptete, daß es keine unerlaubte Zustimmung sei, daß Wahlversprechen des Königs außer Kraft zu setzen. Denn derselbe preussische König habe ja als deutscher Kaiser auch die in den Jahren 1898 und 1899 feierlich ange kündigte Wahlrechtsvorlage nicht zum Gesetz erhoben!

Diese partei — Mahnung ließ ungefähr erwarten, was die zweite Beratung der Wahlrechtsvorlage bringen würde. Von den 443 Abgeordneten des Reichstages fehlten nur 40. Und sofort schossen die Junker mit dem größten Geschütz. Wenn ihnen Kühnmann auch noch nicht zum Opfer gefallen war, so erwarteten sie doch einen Erfolg von der gesammelten Wuchstlosen Kraft besonders einer bestimmten Klasse. So beantragte der Zentrumschef Spee unter dem stürmischen Beifall und gar handwerklichen der Konservativen, die entscheidenden Bestimmungen über das Wahlrecht bis nach dem Kriege zu verschieben!

Das bedeutete eine Kriegserklärung gegen die Staatsregierung, wie sie Preußen höchstens in jener grauen Vorzeit gegeben hat, wo die Jünglinge dem verhassten Jollerngrafen schrieben: „Kriegen wir, dann hängen wir!“ Der Antrag Spee fiel zwar nach einer höchst bemerkenswerten einstündigen Vertagung mit 333 gegen nur 60 Stimmen. Für das Schicksal des Wahlrechts ist durch diese Bloßstellung der Konservativen aber gar nichts bewiesen!

Wohl versicherte der Reichstangler als Ministerpräsident wieder die unveränderliche Aufrechterhaltung des gleichen Wahlrechts durch die Regierung. Er lehnte auch das heimlich vollstreckende Klassenwahlrecht der Nationalallierten um Lohmann ab. Zugleich sprach er aber von dem zweckmäßigsten Sicherungen, die durch in Vorbereitung befindlichen Anträge in auch für die Regierung annehmbarer Form zu erwarten seien!

Statt Vertrauen zum Volke also Sicherungen gegen das Volk! Schau gegen die Kämpfer des Weltkrieges! Und dieser ungeheuerliche Gedanke wird von keiner bürgerlichen Gruppe zurückgewiesen! Sogar die Fortschrittler in Danzig lehnten unlängst unter Teilnahme eines Landtagsabgeordneten das freiere Gemeindegewahlrecht ab.

Von weiteren Verschleppungen will die Regierung zwar nichts wissen. Dummer als je ist jedoch nach Zeitpunkt und Inhalt das Schicksal des Wahlrechts des Volkes, das im Westen mit seinem Herzblut um die Entscheidung über die Welt ringt.

Sitzung vom 30. April 1918

Am Ministerisch: Graf Hertling, Dr. Friedberg, Dr. Drews, von Eichenhagen.

Haus und Tribünen sind stark besetzt.

Präsident Dr. Graf von Schönerh-Wowig eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Minuten.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Sitzung der Wahlrechtsreform.

### Die Ueberrumpelung der Junker

Dr. Graf Spee (Zentrum): Ich beantrage, die §§ 1 bis 3 von der Tagesordnung abzusetzen und bis nach Friedensschluß zu verschieben. (Stürmischer Beifall und Handclatschen auf der Rechten und Einzelne Handclatschen.) Ich habe den Antrag auf eigene Faust. Wie verhält es sich denn mit dem gegebenen Königswort? Bekanntlich versicherte hier letztermal, die Wahlrechtsreform nicht in Ungunst gemindert werden, wo das Land von den Feinden bedrängt werde und schwere innere Kämpfe nicht vertragen könne. Die Öffentlichkeit besahe, daß die Junker sich heimlich zu stellen. Auch in dem Juli-Sitzung steht nicht, daß die Wahlrechtsreform während der Kriegszeit gemindert sein soll. Wir sollten alles vermeiden, was den Ansturm erweckt, daß die Einigkeit der geschlossenen Front noch weiter auch im Innern vorhanden ist. Alle Garantien für die Fortsetzung der preussischen Verfassung sind gegeben. Niemand kann sich dem entgegenstellen. Sollen die Feinde an der Front ausgehoben werden? Ich fordere von der Front, die Annahme meines Antrages würde an der Front stattfinden. Denn begreift man nicht, daß das politische Ereignis und das Wahlrecht stehen. Und die Verantwortlichkeit des Innandes werden aufzuweisen, wenn Sie sich würdig der Kämpfer drängen. (Beifall und Lärm.)

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg: Der Antrag Herr Graf Spee und die Regierung. Er mag von patriotischer Gesinnung ausgehen, aber der Erfolg wird nicht der sein, wie der Vortrager ihn sich verspricht.

Die Aufstellung der feierlich ange kündigten Vorlage auf unabweisbare Zeit würde den inneren Frieden aufs schwerste gefährden. Deswegen kann die Regierung die Verantwortung dafür nicht übernehmen und mühte darauf mit den äußersten verfassungsmäßigen Konsequenzen antworten.

(Beifall links und Handclatschen.)

Abg. Porck (Zentrum): Ueber die Zweckmäßigkeit, die Vorlage während des Krieges zu verschleppen, kann man verschiedener Meinung sein. Aber, nachdem die Vorlage einmal eingebracht ist, ist es nicht mehr möglich, den Antrag anzunehmen.

Abg. Bachnide (F. Sp.):

Der Antrag ist ein: hohn auf die königliche Botchaft, des Staatsministeriums und des Land.

(Bravol links.) Ich verkenne an den Antrag kein Wort. Ich beantrage namentliche Abstimmung.

Abg. Adolf Hoffmann (Unabh.): Bei der Annahme des Antrages würde ich die Kämpfer an der Front auffordern, den Kampf einzustellen. (Stürmische Rufe rechts: Puff! Hochverräter! — Hoffmann wird zur Ordnung gerufen.)

### Die sozialdemokratische Antwort

Abg. Hirsch (Sozialdemokrat):

In keinem Parlament der Welt wäre es möglich, daß kurz vor der Entscheidung über eine so wichtige politische Frage ein dritter Antrag gestellt würde.

der eine Herausforderung des ganzen Volkes bedeutet. Wenn irgend etwas dem Volke die Augen darüber öffnen kann, was unter einem Dreiklassenwahlrecht möglich ist, so ist es dieser Antrag. Er würde an der Front nicht wie eine Erlösung empfunden, sondern er würde den Siegerwillen lähmen.

(Sehr richtig! links. Unruhe rechts.) Wir freuen uns über die Erklärung der Staatsregierung und hoffen, daß bei einer Annahme des Antrages das Haus heute, spätestens aber morgen aufgelöst wird. (Beifall links.) Das preussische Volk würde die richtige Antwort finden. (Beifall links. — Lachen rechts.)

Abg. Cofmann (natl.): Wir stimmen geschlossen gegen den Antrag Spee, der den Ernst der Stunde herunterdrückt.

Abg. Heydebrand (konf.) beantragt, die Sitzung auf eine Stunde zu versetzen.

Abg. Brüll (freikonf.) stimmt dem Antrag Heydebrand zu.

Abg. Bachnide (Fortf. Volksp.) behauptet, daß der Antrag Spee dem Abgeordneten Hoffmann Gelegenheit zu Ausführungen gab, zu denen außer ihm und seinen allerersten Freunden niemand im Hause sich bekennen wird.

Abg. Porck (Zentrum): Wir glauben, dem Antrag Spee nicht zu viel Ehre anzutun, wenn wir der Unterbrechung der Sitzung zustimmen.

### Die Pause der Mineure

Hierauf wird mit den Stimmen der Rechten und eines Teiles des Zentrums beschlossen, die Sitzung auf eine Stunde zu unterbrechen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung wird die Erörterung über den Antrag Spee fortgesetzt.

Abg. Ebdie (freikonf.): Die Regierung hat sich eine große Schuld durch Einbringung der Vorlage aufgeladen. (Andauernder Lärm links.) Der Antrag Spee war eine Tat, die alle Kreise des Volkes verletzen werden. Wir müssen aber angesichts der Lage, insbesondere der langen Verhandlungen den Antrag ablehnen.

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg: (wiederholt von der Rechten unterbrochen, so daß er zeitweilig nicht reden kann): Die Vorlage war längst gewollt und vom ganzen Volke gewünscht.

Abg. Heydebrand (konf.): Wir würdigen den Patriotismus Spees, aber die Mehrheit der Konservativen hält es nach den monatelangen Verhandlungen für richtig, jetzt die Konsequenzen zu ziehen. Die Verantwortung für die Vorlage trifft die Regierung.

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg: Die Konservativen sind schuld, daß das Abgeordnetenhaus jahrelang die Wahlrechtsreform verhin dert hat. (Protestrufe rechts. Rufe: Sie haben ja dabei mitgemacht!)

Abg. Adolf Hoffmann (Unabh.) Niemand wirkte so für das Wahlrecht nach außen wie Spee.

Abg. Graf Spee (Zentrum): Mein Antrag wird abgelehnt, das ist bedauerlich, aber es steht fest, daß die Ablehnung nicht aus sachlichen Gründen geschieht.

Abg. Bachnide (F. Sp.) zieht seinen vorher gestellten Antrag auf namentliche Abstimmung zurück. Die Konservativen wollen nur ihren Parteibeszitz schützen, aber eine Neuwahl wird ihn zertrümmern.

Abg. Heydebrand (konf.): Wir wollen keine Unklarheit aufnehmen.

Es wird ein Antrag auf namentliche Abstimmung eingebracht.

Abg. Porck (Zentrum): Eine namentliche Abstimmung über den Antrag ist zweifellos zulässig.

### Die erste Niederlage der Rebellen

Darauf wird die namentliche Abstimmung vollzogen.

Der Antrag Spee wird mit 333 gegen 60 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

Nach der Berichterstattung des Abg. Bell (Zentrum) erklärt

### Die Sicherungs-Erklärung der Regierung

#### Ministerpräsident Graf von Hertling:

Die heutigen Vorgänge könnten gewisse Zweifel erregen, ob wir noch zur Verhängung gelangten. Aber gerade diese Vorwürfe und die lebhaftige Erregung zeigten doch, wie stark allerorts das Gefühl der Verantwortung ist.

Dies gibt mir die Hoffnung, daß es möglich ist, einen Weg zu finden, der die weit auseinanderliegenden Meinungsverschiedenheiten zusammenführt.

(Beifall links und in der Mitte.) Daß die Zustimmung des Reichstages für die Regierung unannehmbar ist, haben Sie sich zweifellos nach den wiederholten Erklärungen selbst gesagt.

Nach der Erklärung Hoffmanns kann nicht zum Ziele führen, er nimmt dem Volke nicht den pluralistischen Charakter, den wir vermeiden wollen.

Es pluralistisches Wahlrecht, daß die politischen Rechte abnimmt nach dem Maß von Vermögen und Einkommen, ist heute in unserem Volke nicht mehr möglich, angesichts der unansehnlichen Verhältnisse der finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse und angesichts des politischen Bildungsgrades des Volkes. Auf ein pluralistisches Wahlrecht kann sich die Regierung daher nicht einstellen.

Das gleiche Wahlrecht muß grundsätzlich festgehalten werden.

(Beifall.) Die Justiz ist gegeben und muß eingeführt werden. In allen modernen Staaten ist das soziale Leben auf dieses Ziel eingeeicht und in einer großen Reihe moderner Staaten ist das gleiche Wahlrecht bereits erreicht, in manchen Staaten weit hinausgehend über das, was der Entwurf vorsieht.

Auf die Dauer ist es unmöglich, daß sich Preußen dieser hegelichen Bewegung entzieht. Möglich ist es ja auch, gewisse Sicherungen vorzunehmen, um die befürchteten allzu radikalen Folgen zu vermeiden.

Die Vorlage enthält bereits derartige Sicherungen. Andere Sicherungen sind an anderen Stellen noch möglich.

Anträge dazu sind in Vorbereitung und die Regierung wird diese Anregungen mit allem Ernst wohlwollend prüfen.

Selbstverständlich ist die Regierung, die sich für die Durchführung des gleichen Wahlrechts einsetzt, gleichzeitig fest entschlossen, die bestmöglichen schädlichen Wirkungen möglichst zu verhüten. Ich zweifle nicht, daß dieses Ziel zu erreichen ist.

Wünschenswert ist, daß wir jetzt und bald zu einer Entscheidung kommen. Das öffentliche Leben dreht sich jetzt im Volksbewußtsein um das gleiche Wahlrecht.

(Zustimmung links und in der Mitte. Rufe rechts: Nein!) Aus verschiedenen Volkstreffen trat mir immer wieder entgegen: die Frage des gleichen Wahlrechts muß zur Entscheidung gebracht werden.

Unser Volk ist geradezu bewundernswert in seiner einmütigen Haltung während des Krieges.

Es wird ein weiterer Schritt zur Stärkung und Steigerung dieser Einmütigkeit sein, wenn Sie von allzuweiten Gegenfragen in der Wahlrechtsfrage zurücktreten wollen. Jetzt sind wir noch in der Lage, die gegebene Forderung einzuführen, ohne schwere Erschütterungen befürchten zu müssen, indem gleichzeitig die im Interesse eines ruhigen stetigen Fortschreitens des Staatslebens notwendigen Sicherungen gegeben werden. Was wir jetzt geben, können und müssen wir vielleicht, wenn es heute abgelehnt wird, in einiger Zeit unter schmerzlichen Erschütterungen des Volkslebens uns abringen lassen.

Das gleiche Wahlrecht kommt, wenn nicht heute, dann in absehbarer Zeit.

Es kommt entweder ohne schwere Erschütterungen oder nach schweren inneren Kämpfen. Darum lautet die Frage:

Wollen Sie jetzt die Hand zu einer Verständigung reichen, die dahin führen kann, eine schwere Erschütterung zu vermeiden und die Sicherungen dafür schon jetzt vorzunehmen?

Oder wollen Sie die Verantwortung auf sich nehmen, die schweren Erschütterungen herbeizuführen durch eine Ablehnung, die doch das von Ihnen gewünschte Ziel nicht haben kann. (Beifall links und in der Mitte.)

### Der konservative Befehl

Abg. von Heydebrand (konf.): Auch wir hatten das gegenwärtige Wahlrecht für reformbedürftig. Die Konservativen haben bei früheren Wahlrechtsentwürfen eifrig mitgearbeitet. Sie sind nicht schuld, wenn sie scheiterten.

Ich kann die Aufstellung der Regierung nicht teilen, daß die Minister sich hinter den König stellen. Nach unserer Meinung sollen sie vor dem König stehen.

Bei Einführung des gleichen Wahlrechts wird sich der Charakter des Hauses nicht nur zahlenmäßig, sondern auch innerlich ändern und es wird daher nicht mehr möglich sein, den preussischen Staat aufrecht zu erhalten wie heute.

### Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg:

Wir sind uns bewußt,

daß eine Verständigung noch sehr wohl möglich ist.

Die Frage des Abgeordneten von Heydebrand, ob der Träger der Kronen von den damaligen Ministern rechtzeitig unterrichtet war, daß das Kompromiß der maßgebenden Mehrheitspartei in Vorbereitung war, kann ich bejahen. (Hört! Hört!) Ich habe den Wunsch, daß der König möglichst durch die Minister in die Öffentlichkeit tritt. Die Zusammenfassung des Hauses wird auch ihre Wirkung auf die Pluralpolitik üben, aber ein Pluralwahlrecht hat dieselbe Wirkung. Mit der Botchaft vom 11. Juli ist ein Regierungsprogramm aufgestellt, das, einmal in die Welt hinausgegangen, nicht mehr aufzuhalten ist. Die Beunruhigung darf nicht länger andauern.

Abg. Porck (Zentrum) erklärt, daß ein kleiner Teil der Partei — entgegen der Mehrheit — gegen die Vorlage stimmen wird. Das Volk erwarte keine langen Reden, sondern Abstimmungen.

Weiterberatung: Mittwoch 11 Uhr.

Aus der Sitzung vom 1. Mai geben wir die Rede unseres Genossen Hirsch wieder:

### Der sozialdemokratische Standpunkt

Abg. Hirsch-Berlin (Sozialdemokrat):

Der Vorschlag hat sich mit einem Fleiß, der einer besseren Sache würdig gewesen wäre, bemüht, die Vorlage so zu verschlechtern, daß sie für alle wirklichen Wahlrechtsfreunde ebenso unannehmbar geworden ist, wie für die Regierung. Das gleiche Wahlrecht soll durch ein völlig pluralistisches Mehrstimmenwahlrecht ersetzt werden. Im Kriege hat gerade der einfachste Mann die schwersten Opfer gebracht; diejenigen aber, die Gut und Blut auf dem Altar des Vaterlandes geopfert haben, sollen weniger Stimmen erhalten als die, die in der Heimat ihrem Geschäft nachgehen konnten oder gar auf Kosten ihrer Mitmenschen Kriegsgewinne erzielt haben. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich stelle öffentlich fest,

daß an der Behauptung, auch Vertreter der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hätten sich im Juli u. J. für das Pluralwahlrecht ausgesprochen, nicht ein Wort wahr ist.

Auch in dem „Vorwärts“-Artikel über die Osterbotschaft steht kein Wort, das sich mit einem Mehrstimmenwahlrecht einverstanden erklären würde. Die konnte der Vordredner ein Geschlimmenwahlrecht als demokratisch bezeichnen? Die große Mehrheit der Wähler würde nach wie vor enttäuscht bleiben. Abg. Lohmann hat ausdrücklich die Zustimmung der breiten Masse des Proletariats in den Mittelstand verneint; wie kann man aber dann dem pluralistischen Mehrstimmenwahlrecht zustimmen?

Der neue Antrag Lohmann ist ein Ausnahmengesetz gegen die Arbeiterschaft und gegen die Kriegsgewinnhändler, sowie gegen die Kriegsteilnehmer überhaupt, soweit sie noch nicht 23 Jahre alt sind. Die Selbständigen und Beamten mit leitender Stellung sollen die Zustimmung nach einjähriger Tätigkeit erhalten, die Angestellten und Arbeiter erst nach zehnjähriger.

Wie kann das gleiche Wahlrecht ein Sprung ins Dunte sein, wenn wir es im Reich schon seit Jahrzehnten haben und ebenso in vielen Bundesstaaten. In seiner Verformung vor einer Befreiung Preußens kommt nur die Angst vor einer Zusammenfassung des Hauses zum Ausdruck, bei der die freikonservative Fraktion zum größten Teil zurückzuziehen würde. Parlamentarismus und gleiches Wahlrecht haben miteinander nichts zu tun. In Ländern mit durchaus freihlichem Wahlrecht ist von Parlamentarismus nicht die Rede. Und umgekehrt gibt es parlamentarisch regierte Länder mit einem Mehrstimmen- oder noch schlimmerem Wahlrecht. Abgeordneter Lohmann sprach von

einer Überwindung des öffentlichen Lebens durch die Sozialdemokratie und einer Unterdrückung anderer Parteien nach dem gleichen Wahlrecht. Heute ist es umgekehrt.



## Das Herzogtum Kurland

Von Dr. Alexander Lipschütz, früher in Riga.

Der Verfasser dieses dem „Vorwärts“ entnommenen Artikels gehört zu den Führern der lettischen Sozialdemokratie. Es ist notwendig, auch seine Anschauungen kennen zu lernen, um späteren Enttäuschungen, die durch eine einseitige Stimmungsmache verschuldet werden könnten, vorzubeugen.

Redaktion der Volksw.

Im Reichstag ist von sozialdemokratischer Seite schon darauf hingewiesen worden, daß die Schaffung des Herzogtums Kurland nur eine geschäftliche Abmachung zwischen dem preussischen Adel und den baltischen Baronen darstellt. Diese Feststellung bringt zum Ausdruck, daß das deutsche Volk, sowohl das Bürgertum als die Bauern und Arbeiter, kein Interesse daran haben, daß ein Herzogtum Kurland geschaffen wird. Eine geschäftliche Abmachung zwischen zwei abhängigen Gruppen, die dem deutschen und dem lettischen Volk gleich feindlich gesinnt sind, kann nicht den Interessen der beiden Völker entsprechen.

Die ablehnende Haltung der deutschen Sozialdemokraten gegenüber der Schaffung des Herzogtums Kurland ist sicherlich aus dem patriotischen Empfinden heraus gesehen, daß dem deutschen Volk mit einer solchen Befestigung der Dinge im Osten nicht gedient ist. Aber diese ablehnende Haltung steht mit dem Empfinden auch des lettischen Volkes im Einklang. Es ist darum zu wünschen, daß in der lettischen Frage sich zwischen dem lettischen Volk und der deutschen Sozialdemokratie ein Einverständnis herstellt. Es liegt gewiß im eigenen Interesse des deutschen Volkes, den Kampf gegen den preussischen und baltischen Adel gemeinsam mit dem lettischen Volk zu führen. Aus diesem Grunde erscheint es zweckmäßig, jetzt die deutsche Öffentlichkeit auf die Gesichtspunkte aufmerksam zu machen, von denen in Lettland sowohl die bürgerliche und bäuerliche Demokratie als die Sozialdemokratie sich in der nationalen Frage leiten lassen. Ich hebe hervor, daß diese Gesichtspunkte noch kürzlich in einer Resolution zum Ausdruck gekommen sind, die auf einer Konferenz in Bern angenommen wurde. Auf der Konferenz waren Letten verschiedener Parteirichtungen tätig, sowohl Sozialdemokraten als Bürgerliche.

Ueber das politische Schicksal Lettlands, d. h. Kurlands, Süd-Livlands und des westlichen Teils des Gouvernements Witebst, kann nur die Bevölkerung Lettlands entscheiden. Der Wille der Bevölkerung Lettlands kann nur auf einer gesetzgebenden Nationalversammlung zum Ausdruck gebracht werden, die auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zustandekommen muß. Die Wahlen können erst stattfinden, nachdem die deutschen Truppen aus ganz Lettland zurückgezogen sein werden. Die Regierungsmacht muß von den deutschen Okkupationsbehörden einer provisorischen Regierung, aus Vertrauensmännern aller Klassen und nationalen Gruppen Lettlands bestehend, übergeben werden. Die provisorische Regierung wird ihre Macht im Interesse Lettlands als eines Ganzen ausüben, unter möglichster Ausschaltung aller Reibungen zwischen den sozialen Massen und unter Wahrung der Interessen der nationalen Minderheiten, um die Wahlen für die Nationalversammlung vorzubereiten. Sie wird sich militärisch auf die lettischen Regimenter stützen, die sich zurzeit in Rußland befinden. Vor den Wahlen in die Nationalversammlung muß den lettischen Flüchtlingen und Gefangenen die Möglichkeit einer Rückkehr in die Heimat gewährt werden. Solange diese Wünsche nicht erfüllt sind, ist eine Einigung zwischen dem deutschen und dem lettischen Volk völlig ausgeschlossen.

Die Abmachungen, welche der kurländische Landesrat mit der deutschen Regierung getroffen hat, können für Lettland schon darum nicht bindend sein, weil der Landesrat in seiner Mehrheit aus Baronen besteht und weil die im Landesrat sitzenden Bürgerlichen und Bauern von den Baronen und nicht

vom Volke gewählt werden. Auch inhaltlich widersprechen diese Abmachungen allen nationalen Ansprüchen Lettlands. Die Schaffung eines Herzogtums Kurlands bedeutet eine Rückkehr zu den politischen Grundfragen des Feudalismus: vom territorial einheitslichen Lettland wird ein Teil abgetrennt, dessen einstige Selbständigkeit gegenüber Livland nur in den feudalen Beziehungen jener Zeit begründet war. Die Grenzen des neuen Herzogtums Kurland werden zudem ganz willkürlich gezogen. Nach dem deutsch-russischen Friedensvertrag verläuft die neue Grenze zwischen Livland und Rußland südlich bis Plevenhof an der Dina, der lettische Teil des Gouvernements Witebst liegt beinahe ganz östlich der neuen Grenze gegen Rußland. Es ist also nicht der Wunsch der deutschen vertragschließenden Partei, daß dieser Teil Lettlands, in welchem einige hunderttausend Letten leben, zu Rußland geschlagen wird, obgleich das frühere Herzogtum Kurland, wie es zu polnischen Zeiten bestand, auch dieses lettische Land, das sogenannte „polnische Livland“, umfaßte. Die deutschen Absichten gehen aber auch nicht dahin, daß dieser Teil von Lettland zu Livland geschlagen wird, für das die deutsche Regierung augenscheinlich wieder eine andere Verfassung vorgesehen hat als für Kurland. Wie diese Verfassung aussehen wird, wissen wir noch nicht. Auf jeden Fall steht jetzt fest, daß die deutsche Regierung Lettland in drei Teile geteilt hat, die keine politischen Beziehungen zueinander haben sollen: in das Herzogtum Kurland, in das livländische Fragezeichen und in den westlichen Teil des Gouvernements Witebst.

Wir dürfen nicht annehmen, daß der deutschen Regierung die ethnographischen Grenzen Lettlands unbekannt waren, als sie den Plan der Zerstückelung Lettlands faßte. Wir dürfen bei der deutschen Regierung um so weniger Unkenntnis der Sachlage voraussetzen, als die baltischen Barone, die eine führende Rolle in dieser Angelegenheit spielen, über die Verhältnisse in dem von ihnen beherrschten Land wohl genügend unterrichtet sind. Nein, es ist System in der Zerstückelung Lettlands. Wir den Kurland, Livland und Estland einfach annectiert, so müßte man den Letten und Esten das Reichstagswahlrecht geben. Und das soll vermieden werden. Darum bekommen diese Länder ihre „Selbständigkeit“, d. h. die Macht über diese Länder wird der kleinen deutsch-baltischen Minderheit in die Hand gespielt und durch die Zerstückelung der Länder eine einheitliche demokratische Aktion erschwert.

Das deutsche Volk hat kein Interesse an der Zerstückelung unseres Landes und an der Knebelung unseres Volkes. Das deutsche Volk wird die Gefahr erkennen, die ihm aus einem Balkan an der Ostsee droht. Das deutsche Volk soll darum mit uns sein, im gemeinsamen Kampfe gegen das preussische und gegen das baltische Junkertum.

## Volksernährung und Sozialdemokratie

Abg. Braun (Soz.):

Die Vertreter der Agrarier haben in diesen Debatten auf die Preisfrage das Hauptgewicht gelegt. Das beweist, daß auch hier für die Herren der Grundbesitz maßgebend ist, „vom Profit raucht der Schornstein“. Man ist Sturm gelaufen gegen die sogenannte sozialistische Wirtschaftsweise im Kriege. In der Tat haben wir es aber hier nicht mit Sozialismus zu tun, sondern mit einem Sozialismusersatz minderwertigster Art. (Sehr wahr! bei den Soz.) Gewiß ist man durch die Not gezwungen worden, Anleihen bei den sozialistischen Wirtschaftsprinzipien zu machen, insofern, als man die freie Verfügung über die Lebensmittel bei den Erzeugern und Händlern etwas eingeschränkt hat. Aber man ist dabei auf dem halben Wege stehen geblieben, daraus ergibt sich gerade die Unzulänglichkeit unserer Ernährungswirtschaft. Wie ein Sozialist sieht der Staatssekretär des Ernährungsamts doch wirklich nicht aus.

In Wirklichkeit haben wir jetzt die Diktatur Wadows gemildert durch den Schleichhandel.

(Sehr gut! bei den Soz.) Man hat gesagt, der Schleichhandel hat uns gerettet. Allerdings, gewisse Teile des Volkes haben ihre alte Ernährungsweise nur durch den Schleichhandel fortsetzen können. Im übrigen aber beweist gerade der Schleichhandel, daß wir heute keine sozialistische Wirtschaft, sondern eine kapitalistische Wirtschaft bis zum Exzeß haben. Denn gerade im Schleichhandel feiert die kapitalistische Profitgier wahre Orgien. Es macht sich eine Jagd nach mühseligen

Gewinn breit, die einen geradezu widerwärtigen Eindruck macht. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ich erinnere an den bekannten Dresdener Prozeß.

Solche Verhältnisse müssen die größte Erschütterung unter der Bevölkerung erzeugen, die am Notwendigsten Mangel leidet.

(Sehr richtig! bei den Soz.) Ein sehr lebhafter Schleichhandel findet u. a. auch statt vom Stappengebiet nach dem Inland. Vielfach geht dieser Schleichhandel von Offizieren aus unter mißbräuchlicher Ausnutzung ihrer Burschen, denen zu diesem Zweck oft Urlaub bewilligt wird. Es hat sich zum öffentlichen Vergnügen ausgewachsen. (Sehr richtig!) Große Industriebetriebe, auch staatliche, gemeindliche Stellen beteiligen sich am Schleichhandel. Selbst eine amtliche Verteilungsstelle machte durch eine Anzeige offen bekannt, daß ein Kaufmann angewiesen sei, für Schwerarbeiter das Pfund Butter zu 9,40 Mark abzugeben. Gegenüber diesen Zuständen hat nun endlich das Kriegsernährungsamt energisch eingreifen müssen.

Über wie jetzt gegen den Magistrat von Neubüna vorgegangen wird, das ist geradezu ein Skandal.

(Sehr wahr! bei den Soz.) Es muß größtes Befremden erregen, daß gerade gegen diese Gemeindeverwaltung vorgegangen wird. Obwohl sie nichts anderes getan hat, als unzählige andere Gemeinden, staatliche und private Betriebe und auch Behörden. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Weshalb beschlagnahmt der Staatsanwalt nicht die Bücher des Berliner Polizeipräsidiums oder der einzelnen Ministerien, die auch für ihre Beamten im Wege des Schleichhandels Lebensmittel beschafft haben? (Sehr gut! bei den Soz.) Ganz offenbar wird gegen den Neuföhner Magistrat nur deshalb so rigoros vorgegangen, weil er den Mut gehabt hat, der Frage die Schelle umzuhängen durch seine Denkschrift, die entgegen dem Verbot des Herrn v. Wadow an die Öffentlichkeit gelangt ist. Damit hat dieser Magistrat eine verdienstvolle Tat vollbracht. (Sehr richtig! bei den Soz.) Denn erst von da ab beginnt das schärfere Vorgehen gegen den Schleichhandel, das längst notwendig gewesen wäre.

Vor allem aber kommt es darauf an, die Quelle des Schleichhandels zu verstopfen, deshalb muß man auch die bestrafen, die am Schleichhandel verkaufen.

(Sehr richtig! bei den Soz.) Sonst straft man den Mäherer, aber nicht den Bewucherten. Hier ist es umgekehrt, und das führt lediglich zu einem Schuß für die Lebensmittelwucherer. Denn die Bewucherten, denen Strafe droht, werden sich hüten, den, der sie bewuchert hat, zur Anzeige zu bringen. Die Menge läuft nun Sturm gegen die Kontrolle, die auf dem Lande stattfindet, weil dabei auch „Sozialdemokraten“ beteiligt seien; das widerspreche den alten preussischen Verwaltungsprinzipien. Natürlich darf die Kontrolle nicht in einer Form stattfinden, die „kränkend und den Hausfrieden verlegend“ ist, wie es in dem konservativen Antrag heißt. Aber die Empfindlichkeit der Landwirte scheint jetzt besonders stark zu sein. Wenn sie nichts zu verbergen hätten, könnte ihnen doch die schärfere Kontrolle nur lieb sein. Wie ungenügend die bisherige Kontrolle nach den alten preussischen Verwaltungsprinzipien ist, beweisen die häufigen Mehl- und Getreidebeschleibungsprozesse. In der Tat läßt sich noch sehr viel durch energische Kontrolle erzielen. Einem Privatmann in Berlin wurden z. B. in kurzer Zeit durch zwei Einbrüche über 100 Eier gestohlen. (Hört! hört!) Solche Zustände wären nicht möglich, wenn nicht nur ein ganz geringer Teil der vorhandenen Eier von der öffentlichen Bewirtschaftung erfasst würde. Wie steht es übrigens mit den Getreideln auf dem Lande, die viele hundert Eier von ihren Gemeindegemeinschaften geliefert bekommen? Sie sollten mit gutem Beispiel vorangehen und nicht mehr für sich behalten, als die allgemeine Ration beträgt. (Sehr gut! bei den Soz.)

Die Kartoffelration ist viel zu gering.

Es ist allgemein bekannt, daß sehr viele Leute sich im Wege des Schleichhandels für teures Geld Kartoffeln zukaufen müssen. Und daß eine erhebliche Verzögerung von Kartoffeln auf dem Lande stattfindet, hat Herr v. Wadow selbst zum großen Entsetzen des Abg. Roedel offen zugeben müssen. Das beweist, daß tatsächlich vielmehr Kartoffeln vorhanden waren, als die amtliche Bestandaufnahme festgestellt hat. Darum sollte man wenigstens in Zukunft die Kartoffelration nicht wieder so niedrig festlegen. Das Verbot des Schrotmühlensbetriebs wird auch sehr vielfach nicht beachtet.

Mit ist eine ganze Klasse solcher Gutbesitzer zugegangen.

Redner vertieft eine Reihe dieser Namen. Der Rückgang des Milchbestandes entspricht noch garnicht dem Mangel an Futter. Die Milchpreise noch mehr zu erhöhen, liegt kein Anlaß vor. Die Produktionspreise für die „Asphaltkühe“, die etwa in Städten gehalten werden, können für die große Milchwirtschaft auf dem Lande nicht zugrunde gelegt werden. Der Schweinebestand hat gewiß abgenommen, aber angesichts der Schnellwüchsigkeit gerade der Schweine ist diese Gefahr nicht allzu groß. Nur muß man dafür sorgen, daß die Ferkelpreise nicht zu hoch werden. Die Behauptung, daß die Küchenabfälle in Grefels auf den Komposthaufen geworfen werden, statt verflüssigt zu werden, wie hier behauptet wurde, hat der dortige Oberbürgermeister auf meine Anfrage als unrichtig bezeichnet.

Ein zu hoher Viehstand ist eine Gefahr für den Getreidebau.

Die Ursache der Vermehrung der Schafe infolge der Wollpreise liegt in der Richtung dieser ungesunden Entwicklung. Der Standpunkt

## Mädchen

Es ist auch wie im Märchen. Die draußen im Felde stehen im weißen Kriegshandwerk, oder im Krankensaal liegen, Männer unter Männern, hohe Schönheit nur in der Erinnerung, werden zumeilen, wenn sie an Frauen denken und an liebe Mädchen, in wunderbare Träume eingetaucht. Sie: das weibliche Geschlecht, steht vor ihrem geistigen Auge und ihrer Sehnsucht, wie eine Wunderblume, die ihre Manneshüte ganz gefangen nimmt. Himmelblau und rosafarben ist alle Erinnerung, die um das weibliche Wesen streift. Und was sie denken, ist lieblich und voll stiller, köstlicher Freude. Ueber diesen traumvollen Gemütszustand praedert recht hübsch der Soldat Willy Werner im „Champagne-Kamerad“, der Feldzeitung der 8. Armee. Er schreibt:

Nicht wahr? Fünf Monate ist eine lange Zeit, wenn man sie im Lazarett lebt und meistens im Bett liegt, zuweilen im Fieber.

... Und da ist diese Mädchen-Sehnsucht gekommen. Erst ganz leise, so leise, wie in ein reines Mädchenherz die Liebe kommt. Aber dann ist sie immer stärker geworden.

... Wenn ich so in meinem weichen Bett liege im Saal unter 40 Soldaten die alle diese harten Männerstimmen haben, denn ist es so schön, an eine ganz weiche Mädchenstimme zu denken. Die Soldaten sprechen tief, und was sie sprechen ist hart: ... Da im Bierre-Bast-Wald, am 22. September, wenn unter Maschinengewehr nicht so laut ... oder: ... bis an den französischen Boffen waren wir schon heran, da wart er die Handabnahme ... oder sie reden von Sturm oder Ton's oder Nichts oder Breit-Pitowsk!

Über so eine goldene Mädchenstimme, die kann ganz anders reden die kann ja so unendlich fein sein und kann sagen: ... Du ... ich hab dich so sehr lieb ... Es ist gar nicht zu beschreiben wie sie das sagen kann. ... Mädchen sind ganz anders, als wir: ihre Haut ist samtweich, die Gesichtszüge sind fein und sie können lächeln wie ein Wäitaa

Wenn ich solche Gedanken habe, sehe ich aus dem Fenster und weiß, daß da draußen die Mädchen sind, und

wenn ich dann so deutlich an die tierlichen Gestalten denke, dann meine ich, die lieben Mädchen da draußen müßten mich alle auch in ihren Gedanken haben und müßten ebenso die weißen Wolken am Himmel sehen und lieb haben wie ich. Aber da draußen haben die Menschen alle schrecklich viel zu tun und haben gar keine Zeit, an mich zu denken. ... Wie die Mädchen so lieben! ... Ist es nicht, als liebten sie dabei die Erde?

Man muß in lauten Soldatenschuhen mit genagelten Sohlen oceanen sein, um zu fühlen, wie schön der Gang eines Mädchens ist. ... Und dann duften die Haare der Mädchen so ... Diesen Duft tauche ich ja aenen keinen Wohlgeruch der Erde ein! ... Wenn ich nur einmal in eine lange volle Flut blonden Mädchenhaares mein Gesicht araben könnte. Ich halte den Atem an wenn ich daran denke ...

... Aber die Mädchenaugen sind so schön ... Ich habe einmal ein Paar braune Mädchenaugen gesehen, die waren so lieb wie ein Waldmädchen und konnten lachen, dann waren sie ganz voll Glanz, und das war so schön, als wenn durch grüne Bäume ein Sonnenstrahl auf frisches Moos fällt. Einmal, als ich dem Mädchen sagte: „Ich bin so froh, daß ich bei dir sein kann“, da lachten diese Augen so.

Und wenn ich das Mädchen küßte, dann sah ich in den Augen ganz gewiß den Himmel. Sie konnten aber auch weinen ohne Tränen, und dann lag sicher ein größerer Schmerz darin, als wenn Tränen den Blick verschleiert hätten. ... Ich sah einmal die Augen bei einem kleinen Kind so, als die liebste Puppe zerbrochen war: Da stand das kleine Mädel, hatte die Hände klammerngeschloffen und sah so todtraurig auf die Schatten an der Erde, daß mir der Blick in den Kinderäugen ans Herz griff. Und bei diesem großen Mädchen sah ich in dieselben Augen, als ich ihm sagte: „Ich muß nun in den Krieg“.

Und dann können die Mädchen so fein schreiben, daß in den Buchstaben ein Glück ihrer eigenen Tierlichkeit liegt. Ich habe so oft einen Brief in der Hand gehabt, den mir ein Mädchen schrieb, das mich einmal sehr lieb hatte. ... In dem Brief steht so sanftlich gar nichts Schönes, weil mir uns sehr böse sind, aber jeder einzelne Buchstabe ist doch etwas ungemein Feines, über das ich mich sehr freuen kann. Ich denke dann: Da hat sie am Tisch gekesselt, vornübergelehnt, und das Lampenlicht glitzerte in dem blonden Haar, daß es auslachte wie

Gold, und sie hatte den Federhalter in der Hand und schrieb. Und nun verfolge ich die Schriftzüge und fühle dabei, wie ihre Hand gina. Ich sehe sie nun ja geradezu, wie sie da sitzt und ihr Atem über das Papier weht. Ja — der Hauch steht jetzt noch auf dem Blatt ...

... So träume ich in meinem heißen Bett ...

Dabei kann ich dann ganz meine Gedanken und den Krieg verassen.

## Die französische Kanalküste

Seit bald 2000 Jahren ist England an dem, was an dieser Küste vorgeht, interessiert. Gar oft hat es versucht, drüben selbst festen Fuß zu fassen. Manchmal sah es, bisweilen für Jahrhunderte, drüben. Andererseits war diese Küste selbst immer das Sprungbrett für Albions Feinde. Wenn auch freilich der Angriff über den Vermeertal hinweg nur ganz ausnahmsweise gelang. Die Sommermündung, durch die nun seit 3 1/2 Jahren nach Englands Wunsch die Wellen unendlich viel französisches Blut ins Meer tragen, bildet landschaftlich und geologisch einen Grenzpunkt. Nach Norden heraus ist die Küste von hier ab zumeist flach und sandig, vielfach von Dünen begleitet. Ganz so, wie es dem Charakter der Nordseeküste eigentümlich ist, die man bis hierher rechnen kann. Südwärts aber, in der Normandie, herrscht die Steilküste vor. Wie sie im Norden droben nur am Bas de Calais, der schmalsten Stelle, Dover gegenüber, auftritt. Wo die hellen Krebseisenerden ebenso wie drüben in England hoch aus dem Kanol ragen. Nur die Steilküste weiter im Süden ist noch flach und sandig. Sonst beherrschen hier überall die steilen Felswände der „Falaises“ das Landschaftsbild. Bis hinab zur Steilküste der Bretagne mit ihren grauen, wild zerklüfteten Granitfelsen, ihren tiefen Inseeln und Fjorden, zwischen denen der große Hafen von Brest Frankreichs Ausgangspunkt nach dem Atlantischen Ozean bildet. Von Calais bis herunter nach Brest ist eigentlich an der Kanalküste kein einziger Hafen, den die Natur geschaffen hätte. Alles mußte mühsam durch Menschenhand dem Ozean abgerungen werden. Zwar sind gewaltige, weit gedehnte Buchten vorhanden: die Bassinelle de la Somme zwischen dem Kap Gris Nez und dem Kap d'Antifer, die Seinsbucht zwischen dem Kap de la Hague und den Klippen Les Déaux die normandische Bai, in der seit fast einem Jahrtausend auf Jersey, Guernsey, Alderney und einer Hundstoll kleinerer Inseln die Engländer sitzen. Aber die Natur-



man sollte das Blei durchhalten, ist verfehlt. Man sollte es in die Hände der Arbeiter zu übertragen. Der Staat, der freien Hand dabei sein sollte, ist nicht zu haben. Die Arbeiter sind nicht nur für die Produktion sondern auch für den Konsum zu sorgen, das alle Teile der Produktion sich einigermassen trennen können.

Die bestehende Angelegenheit ist es, die die Produktion auszuüben.

Gelingt es nicht, eine gleichmäßige Verteilung herbeizuführen, so wird es auch nicht möglich sein, die physische Überproduktion des Volkes so lange aufrecht zu erhalten, wie es für den Exportmarkt, in dem Deutschland steht, unbedingt notwendig ist. (Beschaffe Zustimmung bei den Les.)

## Danziger Nachrichten

Ein Revolver Spruch. Im Revolver Stadtschloß hat 14. Mai die „D. S. a. M.“ mittels der folgenden Spruch erhalten:

- Süß ein Kaufhaus,
- Rbin ein Weinhaus,
- Dramschewitz ein Zeughaus,
- Dangig ein Kornhaus,
- Hamburg ein Brauhaus,
- Ragdeburg ein Badhaus,
- Kostock ein Malzhaus,
- Steneburg ein Salzhaus,
- Stettin ein Fischhaus,
- Niga ein Hanf- und Butterhaus,
- Reval ein Wachs- und Flachshaus,
- Kratow ein Kupferhaus,
- Wisby ein Pech- und Leerhaus.

Zusammenstellung und Charakteristik der aufgeführten Städte zeigen, welche Städte im Gesichtskreis des Rigaer und Revolver Kaufmanns die wichtigsten Waren aus den genannten Städten besonders geschöpft wurden.

### Karl Marx-Gedenkfeste.

Am 5. Mai ist die hundertjährige Wiederkehr des Geburtstages unseres Altmeisters. Der sozialdemokratische Verein in Danzig-Stadt veranstaltet deshalb im Steppuhnschen Lokale in Schidlitz eine Gedenkfeste. Die Festrede hält Genosse Gehl. Der Gesangsverein Sängerguß wird durch Gesangsvorträge und Herr Leo Hubermann, Mitglied unseres Stadttheaters, durch gesprochene Dichtungen die Feier verschönern. Anfang nachmittags 4 Uhr. Eintrittskarten sind à 50 Pf. bei den Retravensleuten, im Zigarrengeschäft Selten, Schiffelmann 56 und in der Buchhandlung Volkswacht zu haben.

### Eine Jugend Abschiedsfeier

veranstaltete der Danziger Jugendauschuss am 1. Mai bei Steppuhn in Schidlitz, die sehr gut besucht war. Den über 18 Jahre alten Jugendlichen wurde der Abgang von der Arbeiterjugend-Bewegung durch diese Feier erleichtert und verschönt. Genosse Gehl hielt eine entsprechende Ansprache. Die Jugendlichen trugen mehrere Vieder vor. Einige Musikvorträge sorgten für gute Unterhaltung.

### Stadttheater

#### Hoffmanns Erzählungen von Offenbach

Diese phantastische Oper des französischen Operettenkönigs Offenbach ist das Werk geworden, das sich wohl am längsten von seinen weit über hundert Bühnenwerken in der Kunst des Publikums erhalten wird. Selten erscheint heute noch eine von seinen paradiesischen Operetten aus der antiken Sittlichkeit auf der Bühne, während sie bei ihrem Erscheinen zur Zeit des zweiten Kaiserreichs den Siegeszug durch die ganze Kulturwelt antraten. Die oben genannte Oper schuf der Komponist kurz vor seinem Tode. Sie hatte anfangs nicht den Erfolg, den sie verdiente. Erst allmählich erkannte man, daß Offenbach in diesem seinem letzten Werk mit seiner edlen Melodienfülle, seiner überreichen Charakteristik der jüdischen Sinnengut wie des Dämonischen und der entäußerten Liebe sein Meisterstück geschaffen hatte. Die Oper ist nach dem Leben und den Werken des deutschen Dichters E. Th. Hoffmann geschaffen, der eine der eigenartigsten Erscheinungen der deutschen Literatur ist. Insbesondere mußte er die Welt des Uebernatürlichen, des Geisterhaften in grotesk komischer und graufiger Art zu befehlen. Der französische Lyriker der Oper hat Hoffmann, der in Frankreich vielleicht noch mehr gelesen wird als in seinem Vaterlande, selbst zum Helden dreier seiner Erzählun-

gen sind für die großen Schiffe der Zeit zu klein, wie in den Roman, Calais und Boulogne. Und der Hauptbestandteil der Oper ist wie der gegen England gerichtete Rache Kriegshafen Frankreichs. Oberbourg, erst in mühsamer, langjähriger Arbeit erbaut worden. Überall an diesen Szenen haben Erinnerungen an die Römerzeit. So Oberbourg heute steht heute Calais' Segel Sabinus das alte „Caesarburg“, das unter Wilhelm dem Eroberer als „Carusburg“ an England fiel. Boulogne war der, das am häufigsten der Ausgangspunkt französischer Unternehmungen gegen die britischen Inseln war, ganz schon als Julius Caesar'sus zum Kaiserzeit als trefflicher Hafen für die damaligen Verhältnisse. Und Calais lag von hier aus zum erstenmal gegen England. Wie zum letztenmal der große Napoleon sich in Boulogne in den Jahren 1803 bis 1805 zur Überfahrt bereitete, ohne wirklich, infolge des Ausbruchs des Krieges mit Oesterreich, seine weltumspannenden Pläne verwirklichen zu können. Und von dem Forten Sines, der an der Stelle des heute ganz unbewohnbaren Bistums westlich von Calais lag, fuhr Calais 54 und 55 v. Chr. nach Britannien hinüber. Viel später, als Entwürfe in England von Frankreich aus gelangten, führten die Briten selbst an der französischen Kanalstraße Fuß. Boulogne wurde am 4. August 1347, nachdem Edward III. es nach der Schlacht von Crécy ein Jahr lang belagert hatte, genommen. Nach 30 Jahren erst brachte Franz von Sines, der Karibige, es dem Vaterlande wieder, das es mit dem ganzen unliegenden Gebiet als das Fais avousquis formen als eigene Provinz führte. 1418 fiel Oberbourg, das seit 1290 wieder französisch war, und 1544 Boulogne an die Engländer. Das letzte, das als Pfand für Frankreichs Schulden den Engländern bleiben sollte, kam allerdings schon nach sechs Jahren wieder in französische Hände, auch Oberbourg mußte 1450 zurückgegeben werden. Aber wie wenig sicher sich Frankreich im Besitz seiner Kanalstraße fühlte, das zeigt der Effekt, mit dem man die Hafen immer wieder besetzte. Ludwig XIV. leitete dies zuerst bei Oberbourg in der Wege. 1687 begann Barbon den Kriegshafen zu bauen. 1753 legte der erste englische Admiral seine in T. Zimmer, und erst 1858 wurde ihm der dritte Napoleon in Konkurrenz der Queen Victoria ein. Auch die Höhe wurde wiederholt — so von Franz I. 1522, II. und Ludwig XIV. — fast besetzt und mehr als ein mal belagert 1644, von der englischen Flotte besetzt. Während des 17. Jahrhunderts war die Kanalstraße ein wichtiger Handelsweg, einmal drei Jahre lang, von 1695, wo Oberbourg durch den Oesterreich es eroberte. Bis zum Frieden von Brest, in den Händen der Engländer war.

gen gemacht. Allerdings haben diese in der französischen Revolution weniger als Herrschaft verloren, die der Übergang zu seiner Veranlagung mehr an jüdischen Kaffee...

...dieser Spielzeit in einer guten Aufführung (Spielleitung Th. Hoffmann) herausgebracht wurde, nachdem es seit einer Reihe von Jahren hier nicht mehr gegeben worden ist. Die Ueberrolle wurde von Herrn Hofmiller mit seinen schönen Singsstimmen in anerkennenswerter Weise durchgeführt. Auch darstellerisch wählte er ein ungünstliches Dichter sympathische Jüge abzugewinnen. Das komische Element wurde durch Herrn Kupp in allen drei Akten in Gelang und Spiel bestens charakterisiert. Genannt seien noch die Damen Wallach (von ihrer früheren Tätigkeit an unserem Stadttheater noch in angenehmer Erinnerung), Japsen und Voh, die die drei weiblichen Rollen der Oper bestens durchführten. Kapellmeister Schwarg leitete die Aufführung mit bestem Geschick und seinem Verständnis.

### Wintergarten.

Etwas früher als in den vergangenen Jahren hat diesmal unser beliebtes Sommerparität am Ollver Tor seine Pforten geöffnet. Der Spielplan ist auch dieses Mal wieder sehr reichhaltig zusammengestellt und bringt neben reichlichem Humor auch eine Anzahl anerkennenswerter artistischer Leistungen. Der Besuch des Wintergartens kann nur empfohlen werden.

### Wahlrechts-Versammlung

Der Sozialdemokratische Verein Danzig-Stadt hatte am Montag nach dem Steppuhnschen Lokale eine öffentliche Versammlung einberufen, in der Genosse Krüger über die Wahlrechtsfrage sprach. Er führte hierbei folgendes aus:

Eine Zeit der politischen Hochspannung lastet auf allen Kreisen der Bevölkerung. Während an der Westfront unsere Feldgrauen einem zähen und erbitterten Gegner gegenüberstehen, jeben Augenblick bereit, das Leben zu opfern, treten am Dienstag die Volksvertreter Preußens zusammen, um die wichtigste innerpolitische Frage zu behandeln. Die zweite Beratung der Wahlrechtsvorlage geht in Szene. Schon öfters ist dem Preußenvolke eine Wahlreform versprochen. Der Ausruf „An mein Volk“ am 17. März 1813 versprach den siegreichen Preußen politische Freiheiten. Die Märzrevolution 1848 eroberte das gleiche Wahlrecht. Bald folgte aber die Reaktion ein. Durch Staatsstreich wurde das gleiche Wahlrecht beseitigt und an seine Stelle das noch heute geltende Dreiklassenwahlrecht dem Volke aufgezwungen. „Es ist mein Will, daß das Wahlrecht zum Hause der Abgeordneten eine organische Fortentwicklung erfahren soll.“ Dieses Wort in der Thronrede des Königs bei der Eröffnung des Landtages 1908 brachte die Wahlrechtsfrage in ein neues Stadium. Die Wahlreform wurde vereitelt. Erst der Weltkrieg hat wieder diese wichtige Frage aufgeworfen. Die heroischen Leistungen des gesamten Volkes an der Front sowohl wie hinter derselben veranlaßten den König, am 7. April 1917 den Ministerpräsidenten aufzufordern, die Vorarbeiten zur Wahlrechtsvorlage zum Abschluß zu bringen. In nicht mißzuverstehender Weise erfolgte am 11. Juli der Erlaß, nach welchem nur das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für die Regierung in Frage kommen kann. Am 5. Dezember wurde der Entwurf dem Landtage zur Beratung unterbreitet. Die warme Begründung, die der Minister des Innern, Dr. Drems, der Vorlage gab, ließ erhoffen, daß diejenigen Parteien, die bisher immer behaupteten, staatsrechtlich und monarchisch zu sein, mit aller Kraft sich für die Vorlage einsetzen würden. Der Sprecher der Konservativen, v. Heydebrandt, bezeichnete die Ausführungen des Regierungsvortreters aber als allgemeine Redensarten, mit denen man alles und nichts begründen kann. Offenen Kampf sagte Herr v. d. Osten der Regierung an. In eine 35gliedrige Kommission verwiesen, verhandelten die Wahlrechtsfeinde das Reformwerk, sodaß von dem tatsächlichen Entwurf wenig übrig blieb. An Stelle des gleichen Wahlrechts wurde ein Mehrstimmwahlrecht gesetzt. Auch die zweite Beratung in der Wahlrechtskommission brachte eine Mehrheit für das gleiche Wahlrecht nicht. Neben den konservativen Parteien stimmte auch ein Teil der Nationalliberalen gegen den Regierungsentwurf. Die Regierung, die durch ihre Minister wiederholt erklären ließ, daß ein Pluralwahlrecht für sie unannehmbar sei, steht am Dienstag vor einer wichtigen Entscheidung. Von ihr wird es abhängen, ob die Wahlrechtsgegner, die nicht laut genug Lobeshymnen auf unsere selbstgrauen Volksgenossen anstimmten, diese auch weiterhin entziehen können. Der Kriegsgewinnler, der in der unerhörtesten Weise Volk und Staat bewuchert hat, soll mehr politische Rechte erhalten, als der Landsturmmann, der unter Einsetzung seines Lebens den Bestand des Vaterlandes sichert. Dies kann und darf die Regierung nicht wollen, will sie sich nicht selbst aufgeben. Sollten die Wahlrechtsgegner in der gegenwärtigen kühnen Zeit schwere politische Rämpfe vermeiden, dann sollen sie in der letzten Stunde sich bewußt sein, daß sie gegen eine Entwicklung kämpfen, die sie nicht aufhalten können. Um sie es aber dennoch, dann muß die Regierung aus diesem Verhalten die Folgerungen ziehen und den Landtag auflösen. Die Sozialdemokratie wird alles tun, damit das gegebene Königswort zur Ausführung gelangt. Der Kampf für das gleiche, geheime und direkte Wahlrecht ist der Kampf des Volkes um sein Recht.

Nach einer kurzen Aussprache wurde folgende Resolution von der gut besuchten Versammlung einstimmig angenommen:

Die am 20. April tagende Wahlrechtsversammlung wendet sich mit Entrüstung gegen diejenigen Kreise, die in reaktionärer Ueberhebung mit allen Mitteln daran arbeiten, das gleiche Wahlrecht zu Falle zu bringen. Die Versammlung erwartet von der Regierung, daß sie ihr Wort einlöst und sofort nach Ablehnung ihrer Vorlage durch das Plenum des preussischen Abgeordnetenhauses alle verfassungsmäßigen Mittel anwendet, um das gleiche Wahlrecht durchzusetzen. Die Regierung kann sich bei diesem Vorgehen rückhaltlos auf das Volk stützen. Sie wird dann unüberwindlich sein und siegen, wenn sie siegen will.

Die Versammlung gelobt, im Wahlrechtskampf nicht eher zu ruhen, als bis das gleiche Wahlrecht für alle erwachsenen Personen ohne Unterschied des Geschlechts verwirklicht ist.

Der große Arbeitnehmerschuss versammelte sich am Montag den 29. April im Weissen des Rathhauses unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters. Der Leiter des Kriegsernährungsamts Grünspan schildert in seinem einleitenden Bericht den gegenwärtigen Stand der Volksernährung. In der Produktion ist eine wesentliche Besserung eingetreten, so auch an Rindern bis zum 7. und 8. Jahre Milch gegeben werden kann. Dies veranlaßte den Magistrat, einen Antrag auf Erhöhung der Buttermenge auf 70 Gramm zu stellen. Schleichhandel mit Kartoffeln soll schärfer angefaßt werden. Die Lebensmittelsteuerung ist auch an der Speisehallenverwaltung nicht spurlos vorübergegangen. Gegenwärtig wird Verlust gearbeitet, so daß eine Erhöhung der Preise notwendig erscheint. Dr. Schwarg ergänzte diese Mitteilung. Kartoffeln sind noch 7000 bis 8000 Zentner vorhanden. Seerzeuger können also noch ihren Bedarf decken. Die Rohzucker hat sich gebessert. In den nächsten Tagen wird neue Nummer aufgerufen werden.

An der Diskussion führte Nitz die großen Bestände Kartoffeln darauf zurück, daß diese nicht sortenrein sind. verschiedensten Sorten sind zusammengeworfen. Lebhaftere Schwerde wird über die großen Mengen veräußert oder fauler der Rüben geführt, die, in der Nähe der Artillerie-Werk abgeladen, die Umgebung verpestet.

Der Oberbürgermeister teilte mit, daß der beimehmerauschuss jetzt ein Jahr regelmäßig tagt und Arbeit geleistet hat.

Genosse Gehl sprach die Hoffnung aus, auch in Zukunft zu segenreicher Arbeit zusammenzufinden und erfuhr angesichts der großen Mengen Kartoffeln eine doppelte Ration zu geben.

Auf Anfrage, ob die jetzt aufgerufenen Kohlenmarken beim Aufruf einer neuen verfallen, wurde vom Magistrat klärt, daß aufgerufene Marken beliefert werden.

Habenicht erklärte sich mit der Erhöhung der Preise für das Essen in den Speisehallen einverstanden. Wenn möglich wäre, sollten den Familien Vorzugspreise gewährt werden.

Krüger trug eine Beschwerde der Beauftragten Preisprüfungsstelle vor. Der Wucher mit Zwiebeln und Knoblauch sei standalös. Hier muß eingegriffen werden. Redner ersucht um Aufklärung darüber, wie es komme, daß die Preisspannung beim Fleisch vom Auktions bis zum kaufen Publikum so groß ist. Weiter fragte er an, ob es wahr war, daß der Viehhandelsverband als Selbstversorger aufgetreten sei und ganze Schweine an bestimmte Personen abgegeben zu einer Zeit, als die Bevölkerung Schweinefleisch nicht hatten hat.

Auf die Anfragen antwortete Assessor Berendt: Vieh ist meist in einem schlechten Zustande. Schon der Transport verursacht einen Verlust von 6,5 Prozent. Alles in den Zug gebracht, verbleiben nur 42 Prozent des Stallgewichts. Der Preis kann deshalb nicht niedriger gesetzt werden. Es ist richtig, daß der Viehhandelsverband Schweine an Einwohner abgegeben, die diese dann auch für sich geschlachtet haben. Eine Verordnung gestattete den Selbstversorgern Schweine sofort schlachten, ohne die dreimonatliche Futterzeit inne zu haben. Diese Verordnung soll aus Sparmaßregeln erlassen sein.

Karjajewski führte aus, daß die Schweine im städtischen Schlachthofe geschlachtet seien. Die Fleischarten sind Verjüngungsberechtigten abgenommen worden. Diese erhielten anstatt 250 Gramm 600 Gramm Fleisch. Eine derartige Verordnung ist uns unbekannt.

Dr. Grünspan antwortete, daß eine Verordnung, das sofortige Schlachten der Schweine gestattete, tatsächlich standen habe.

Auf Zwischenrufe, wann diese Verordnung erlassen wurde und wo dieselbe steht, konnte vom Magistrat Aufklärung gegeben werden.

Nach einigen anderen Erledigungen wurde die Sitzung nach 3 1/2 stündiger Dauer geschlossen.

Der Verlauf dieser Debatte ließ bei den Anwesenden Eindruck zurück, daß Dinge erörtert wurden, die nicht so einfach wie es die gegenwärtige Zeit erfordert. Wir sprechen dem Viehhandelsverbande das Recht ab, als Selbstversorger aufzutreten und ganze Schweine an bestimmte Personen abzugeben. Nach uns gemachten Mitteilungen sind es keine sogenannten Spanferkel gewesen, sondern Tiere im Gewicht von 120 Pfund und darüber. Dieses Fleisch gehört der Allgemeinheit. Es sind die Kreise, an denen die Schweine abgegeben wurden? In der Woche vor Ostern im Fleischhausbesuch beantragt wurde angesichts der großen Viehanlieferungen der Bevölkerung eine doppelte Ration zu geben, wurde dieser Antrag abgelehnt. Es aber haben durch die Handlungsweise des Viehhandelsverbandes bestimmte Personen nicht 250 Gramm, sondern 600 Gramm erhalten.

Comit liegt ein direkter Bruch der Bundesratsverordnung vor. Auf die Aufklärung des Magistrats kann man gespannt sein. Hoffentlich erfolgt dieselbe recht bald.

Zu einer Betriebsversammlung der Kaiserlichen Werft hatte am vergangenen Sonntag die Leitung des Hirsch-Dunckerschen Gewerkevereins nach dem Jungblütlichen Gesellschaftshaus eingeladen. Abgeordneter Weinhausen sprach über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter während des Krieges und die Ausblicke nach dem Kriege.

Der Redner berichtete zunächst über die Verhandlung des Hauptauschusses beim Marine-Stat und stellte fest, daß hierbei nicht möglich gewesen sei, Arbeiterfragen ausführlich zu behandeln. Die bekannte Tatsache, daß infolge der Schicksalshandlung Arbeiter mit Mithelstein von Schichau, von der Kaiserlichen Werft und anderen Betrieben nicht eingestellt wurden, haben Herrn Weinhausen veranlaßt, eine kurze Frage an den Staatssekretär zu richten. Die Herren in Berlin haben erklärt, daß ein beratender Ausschuss in Danzig nicht vorliege. Weinhausen fordert vollkommene Gleichberechtigung der Arbeiter. Wirtschaftliche Gleichberechtigung bedeuere auch politische Gleichberechtigung.

Das Verlangen nach Wahlrecht fällt, das gleiche Wahlrecht wird kommen. Der Redner stellt die Auflösung d



Landtag noch vor Pfingsten in Aussicht. (Neben und Weber...)

Meinhausen fördert weiter die geistliche Anerkennung... Organisationen und fordert zum festen Zusammenschluss...

Als Diskussionsredner trat auch der Parteisekretär der... Unabhängigen, Eide-Königsberg, auf. Er erkannte die... Sozialdemokratische Partei und den freien Gewerkschaften...

Wir müssen gestehen, noch nie solche deplazierte Debatte... haben, wie sie Eide hier bekohnte anzuschreiben. Die... Nation hat selbstverständlich das Recht, für ihre... Ziele Propaganda zu machen...

Bei dieser Gelegenheit möchten wir noch auf folgendes... hinweisen: Weinhausen betont, daß das Strafgesetzbuch... genügend Bestimmungen enthält, wie den § 153 der Gewerbe...

Mit der Aufhebung des § 153 allein ist es noch nicht... getan. Es bestehen außerdem noch Beschränkungen für... Arbeiter im Eisenbahndienst, in der Landwirtschaft und solchen...

Weinhausen hat sich für volle Gleichberechtigung der... Arbeiter ausgesprochen. Wir wollen hoffen, daß er auch an maß...

Von dem gleichen Wahlrecht in den Kommunen wollen... manlich alle seiner Danziger Gesinnung Freunde nichts...

Ein frommer Wunsch Schichaus

Der „Vorwärts“ teilt folgende burgfriedliche Historie mit... infolge Personalmangels und Eingziehung des Geschäftsführers...

„Nicht eher können Hunderte von anderen Blättern... die weniger wertvolle Tendenzen vertreten, ruhig eingehen...

Daß gerade die Firma Schichau das Eingehen der sozial... ischen Zeitungen wünscht, können wir ihr nachfühlen, denn...

Der jetzige Inhaber der Firma Schichau, der Schwede... rsson, wandelt also dieselben Bahnen, wie sein unlängst...

Wohnungsfrage und Kriegsteilnehmer.

Die Ortsgruppe des Reichsbundes hielt am Sonnabend... Gewerbehaus eine Mitgliederversammlung ab, zu der auch...

Infolgedessen sei in Danzig die Lungentuberkulose, die allge... meine Sterblichkeit und die Säuglingssterblichkeit größer, als...

Im Eichenhof in Dangfuhr fand gestern eine Mitglieder... versammlung der Konsumgenossenschaft statt, die durch eine...

Die Ausstellung über Pocken und Impfstoffen... aus dem Kaiserin-Friedrich-Hause in Berlin, die unter Förde...

Abgabe von Lebensmitteln

Der Magistrat macht in der heutigen Nummer unserer... Zeitung wiederum die Lebensmittel bekannt, die im Laufe der...

Der Hammelbraten „im eigenen Fett“.

Ein Gastwirt hatte an einem „fettlosen“ Tage seinen Gästen... einen Hammelbraten serviert, der wegen seiner fetten Punkte bei...

Wo noch Anzüge zu holen sind.

Die Reichsbeleidungsstelle sucht 1 Million Anzüge für... industrielle und landwirtschaftliche Arbeiter. Diese Anzüge...

Verteilung von Einennähzwirn.

Die Reichsbeleidungsstelle macht bekannt: Mit Rücksicht auf die geringe... zur Verfügung stehende Menge können nur Verbraucher, nicht auch...

besonders nötig haben. Diese Verbraucher erhalten vom ju... ständigen Kommunalverbanden einen Bezugsausweis ausge...

Aus Westpreußen

Elbing, 24. April. Wegen der Vorgänge am 12... Dezember 1917 verhandelte das Elbinger Kriegszustandsgeschicht...

Elbing. Der Touristenverein „Die Natur... Freunde“, Ortsgruppe Elbing, will durch proletarische Wan...

Elbing, 24. April. Schwer erkrankte während der... Gerichtsverhandlung am Dienstag die Kaiserinwitwe Elise...

Stahm, 25. April. Löhne der Kriegsgefangenen... Vom 1. April 1918 erhalten die in der Land- und Fortwirtsch...

Aus der Partei

Der Kampf um das Parteivermögen.

Im August 1917 trat ein Teil der Mitglieder des sozialdemo... kratischen Vereins Hohenheim unter Wahrung aller demokratischen...

Gewerkschaftliches

120 Millionen Mark gewerkschaftliche Kriegsanterstützung... Diese hohe Summe haben die deutschen Gewerkschaften vom...



# aus aller Welt

## Der Dornenweg der unehelichen Mutter.

Die traurige Lage der unehelichen Mutter spricht aus folgenden dem Interat im „Berliner Lokal-Anzeiger“:

### Ohne Gehalt

Sucht geb. ev. Witwe, 24 J. (geprüfte Kinderärztin), p. 18. April einen Wirkungskreis. Sehr gute Zeugnisse. Ausländ. gewesen. Uebernehme auch Erziehung mütterlicher Kinder, sehr erfahren in Kinderpflege und Erziehung. Oder als Stütze, Band- und Stadthausball bewandert. Bezahlung: das mein 14-jähriges, wohlgerigetes, gesundes Tochterlein bei mir bleiben darf und wir ein Heim finden. Best. Zuschriften unter Nr. 285 an die Geschäftsst. d. Bl.

Es gehört schon ein großes Maß Tapferkeit dazu, wenn sich eine Mutter mit ihrem unehelichen Kinde frei und offen in die „gebildeten“ Kreise wagt, um dort ihr Brot zu verdienen. In diesen Kreisen gilt doch die Verfeinerung der unehelichen Mutter als standesgemäß in demselben Maße, wie der uneheliche Vater als schändlicher Draufgänger bewundert wird. Es ist ein verzweifelltes Mittel und bezeichnend für unsere Kultur, daß eine Mutter auf jedes Gehalt verzichten muß, um ihrem Kinde die mütterliche Erziehung zu erhalten.

**— Raubanschlag im Berliner Lustgarten.** Ein überaus verwegener Raubanschlag, bei dessen Ausführung sich die Täter eines Automobils bedienen, ist gestern mittig im Lustgarten verübt worden. Der Wale einer diesigen Bank, Fabian, hatte bei der Reichsbank 5000 Mark abgehoben, die er in einer Geldtasche unter dem Arm trug. Als er gegen 12 1/2 Uhr den Lustgarten passierte, hielt in seiner Nähe auf dem Fahrweg ein graues Kastenautomobil, dessen Führer sich am Motor zu schaffen machte. Der Bankbote ging ahnungslos an dem Wagen vorbei, als sich plötzlich ein junger Mann, der ihm schon längere Zeit gefolgt war, auf ihn stürzte, ihm die Tasche entriß und dann schnell in das Automobil sprang. Zugleich setzte der Führer den Wagen in Gang, der in rasender Fahrt in der Richtung gegen das Brandenburger Tor zufuhr und trotz der sofort aufgenommenen Verfolgung entkam.

**— Die Betrügerin mit der Heiratsannonce.** Auf eine nicht alltägliche Weise ist ein heiratstüchtiger Witwer in Berlin um seine geliebte habe gekommen. Er hatte in der Zeitung eine Annonce erlassen, durch die er nach einer passenden Frau suchte. Auf die Annonce hin erschien eine elegante Dame in der Wohnung des Witwers, stellte sich nicht nur als Braut vor, sondern versprach, auch der alten Mutter des Witwers eine Unterstützung zu erwirken. Am nächsten Tag, als niemand außer der alten Frau in der Wohnung war, erschien sie wieder, schickte die gebrechliche Frau zu einem Postler, der ihr angeblich die Unterstützung auszuhändigen sollte, und raubte in der Zwischenzeit die ganze Wohnung aus. Als die Ratone nach Hause zurückkehrte, fand sie sämtliche Schränke erbrochen und ausgeraubt. Die elegante Dame war natürlich auf Rimmerwiedersehen verschwunden.

**— Auf der Straße niedergeschossen.** Von einem bisher noch unkenntlichen Täter wurde in Berlin in der Nacht zu Montag der Unteroffizier Hermann S. an der Ecke der Wasser- und Fühlstr. durch einen Revolverbeschuss schwer verletzt. Der Geiseltene wurde nach der in der Nähe gelegenen Unfallstation gebracht. Zwei berittene Schutzleute nahmen die Verfolgung des Täters auf, doch gelang es diesem, im Schutz der Dunkelheit zu entkommen.

**— Der Tod bei Neudorf.** Am 28. April. Nach Beendigung eines Fußballspiels stürzte heute nachmittags auf dem Neudorf überhalb Schillingen eine mit mehr als 50 Personen besetzte Fähre um; sämtliche Insassen stürzten ins Wasser. Die meisten wurden gerettet; die Zahl der Vermissten liegt noch nicht fest. Es wird auf 15 bis 20 geschätzt. Drei Tote sind bis jetzt geborgen.

Nach der letzten Nachricht wurden bis jetzt 20 Leichen geborgen. Die Hauptursache an dem Unglück soll den Fährtenhaber treffen, weil er entgegen der amtlichen Vorschrift mehr Leute in das Boot aufnahm, als Sitze vorhanden waren. Das Boot ist infolge Ueberlastung gesunken. Der Fährtenhaber wurde in Haft genommen.

**— Ein Einbrecher erschossen.** In der Nacht zu Montag zwischen 12 1/2 und 1 Uhr drangen in der Krümmenstraße 38 zu Charlottenburg drei Einbrecher in die Wohnung der Näherin Mehe ein, die nicht zu Hause war. Sie wurden überrascht und verfolgt. Als sie an der Ecke der Seidenheimer Straße von einer Nachtpatrulle festgenommen werden sollten, schossen sie sich zur Wehr. Hierbei wurde einer der Verbrecher erschossen, während die beiden andern entkamen. Der Erschossene ist noch unbekannt. Er hatte keinerlei Ausweispapiere bei sich. Es handelt sich wahrscheinlich um einen gewerbsmäßigen Einbrecher, denn man fand bei der Leiche mehrere Hundert Marknoten, die ohne Zweifel irgendwo gestohlen sind.

**— Die hohe Jahresarzrechnung.** Der praktische Zahnarzt Dr. W. hatte einer wohlhabenden Patientin zwei Gebisse eingeseht und eine Wurzelentzerrung hergestellt. Im Laufe der Behandlung forberte er von der älteren Dame die Summe von 60 000 Mark, die ihm auch von der Patientin bezahlt wurde. Später ermächtigte er die Forderung auf 45 000 Mark. Die durch ihren Sohn vertretene Dame ließ nach ihrer Wiederherstellung 20 000 Mark mit der Klage zurückfordern, indem sie geltend machte, daß 25 000 Mark für die zahnärztliche Tätigkeit auch für eine wohlhabende Dame reichlich genug bezahlt wäre. Während die unteren Instanzen die Klage abwiesen, kam das Reichsgericht zu einer anderen Auffassung. Es hob das Urteil auf und wies es an die Berufungsinstanz zurück. In der Begründung dazu sagt das Reichsgericht: Der Beklagte habe während des Verlaufes der chirurgischen Behandlung von der Klägerin, die an Diplothesen und Angstzuständen litt, den außergewöhnlich hohen Beitrag verlangt und auch zugesagt erhalten. Dies an Erpreßung grenzende Verhalten des Zahnarztes verleihe in größtmöglicher Weise die Standesehre und stehe mit dem Geboten des Anstandes und der guten Sitten in schroffem Widerspruch. Die Patientin sei in anstößiger Weise vom Beklagten ausgebeutet worden. Diese Tatsache müsse vom Berufungsgerichte gewürdigt werden.

## Literatur

**— Die Jäger vor!** Von Oberleutnant Alexander v. Bülow. — Leipzig, F. A. Brockhaus, 1,50 Mark. — Hier spricht einer, der dabei war, alles durchzumachen, was ein Soldat im Feld an Furchtbarem und Graulichem, aber auch an Erhebendem und grotesk Komischem erleben kann, Kamerad unter Kameraden, in Not und Gefahr. Nur selten läßt sich einem dieser entschlossenen Männer die Junge. Nur wenige bringen es über sich, davon zu erzählen, nur wenige müssen es würdig des Gegenstandes zu gestalten. So einer ist Bülow. Ein ganzer Mann! Stil und Temperament ganz Soldat: So leicht das ganze Buch von der ersten bis zur letzten Seite: Was er erlebte? Keine Extrablättereignisse. Vorpfeilengesichte in Wald und Dickicht, Kreuz und quer durch Feld und Heide, bei Nacht und Tag. Handstreich auf feindliche Stellungen in Gräben, Dörfern

und Gehöften — Schächte, von denen unbedingt sicherem Selbstoch so viel für das Ganze abhängt und für die nur die besten geübt werden: Jäger, Scharfschützen, deren Auge und Hand auch gestalts des gewissen Todes nicht versagt.

Bülow's an der Offiziers spielende Kriegsnovelle: „Fahren hat einen bedeutenden Erfolg erlebt. Die psychologische seine (sanne) Erzählung wird sich noch lange die Gunst des Publikums erhalten, der Front und dahinter, ebenso sein neuestes Buch von der Westfront „Die Jäger vor!“

Hest 41 der Arbeiter-Gesundheitsbibliothek ist soeben in der Verlagsanstalt Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, erschienen handelt von Verstopfung und Durchfall, Darmtarrach und N. Der Verfasser geht von den durch den Krieg veränderten Verhältnissen aus: der Lebensmittelknappheit und -teuerung, deren vielfältig und Verunreinigung und den dadurch bedingten Störungen in Ernährung. In dem einleitenden Kapitel wird die Verarbeitete Nahrung im Verdauungsorgan, die Entleerung des Darminhalts und normalen Verhältnissen und die Folgen eingetretener Störungen behandelt. Bei der Behandlung dieser Störungen wird ein Spezzettel für die Beseitigung der chronischen Verstopfung aufgestellt. Beim Kapitel: Durchfall, Darmtarrach und Ruhr wird die Rolle Kleintiermilch für das Zustandekommen und die Übertragung der Erkrankung durch Bazillenträger und Darmauscheidung, Uebertragung gewürdigt und unter dem Einfluß der Kriegsstoff erörtert. Bei dies von den Erkrankungen der Verdauungsorgane, an denen viele Menschen leiden, die so vielen die Luft am Leben, Zufriedenheit und Frohsinn rauben, gilt der Satz: Beachte und besänftige die Störungen dieser Störungen!

Wir empfehlen deshalb das Hest zur weitesten Verbreitung. Der Preis des Hestes beträgt 1 Mark, für die Vereinsausgabe 40

# Die Friedensausichten

sind zweifellos durch die Ereignisse der letzten Monate ganz bedeutend gewachsen. Wer dies nicht glauben will, wer über den Ausgang dieses Krieges noch im Zweifel ist, braucht nur einen Blick auf Kursbewegung im neutralen Ausland zu werfen. Er wird dort finden, daß das deutsche Geld seit Dezember fortgesetzt gestiegen während gleichzeitig die Wäute unserer Feinde beharrlich zurückgegangen sind. Diese Tatsache vereint mit dem übermächtigen Ergebnis des 8. Kriegsjahres, erlaubt einen sicheren Schluß auf die kommende Hochkonjunktur, auf die unbegrenzten wirtschaftlichen Möglichkeiten, welche der Friedensschluß für uns eröffnen wird. Millionen schlummern im Schoße der nächsten Zukunft für jeden unternehmerischen und wohlunterrichteten Deutschen — auch für Sie! Was der Krieg Ihnen nahm, wird Ihnen der Frieden hundertfach wieder herbringen, wenn Sie nur die Zeitlage klug ausnützen. Wie dies unbeschwerd zu erreichen, lehrt Ihnen unser neues hochaktuelles Werk: „Erwerbshandbuch“. In dritter erweiterte und völlig neu bearbeitete Auflage bietet es eine bewährte Sammlung von über 1000 Rezepten, Fabrikationsgeheimnissen und Anleitungen zu Betriebsmöglichkeiten aus dem ertragreichsten Erwerbszweige der Gegenwart. Das Werk kostet franko 10 Mark gegen Nachnahme, und muß dieser Preis mäßig bezichtigt werden, wenn man in Betracht zieht, daß je einzelne Rezepte um diesen Preis verkauft werden. Versand durch den Selbsthilfe-Verlag Dr. R. Wilmwald, München-Schwabing Postfachkonto München 9830. Bei sofortiger Bestellung und Barzahlung gewähren wir 10 Prozent Rabatt.

# Abgabe von Lebensmitteln.


- 1. Von Montag, den 6. bis Sonnabend, den 11. Mai:**
  - a) Auf die Marke 29 der Kartoffelkarte 4 Pfund und auf die Marke 30 der Kartoffelkarte 3 Pfund, zusammen also 7 Pfund Kartoffeln.
  - b) Auf die Marken 21 und 21 K der Danziger Lebensmittelkarte für Erwachsene und Kinder, sowie auf die Marken 18 und 18 K der Lebensmittelkarte für Erwachsene und Kinder in den Nachbargemeinden Brestow, Gnanitz, Lina, Bürgerweiden, Groß-Walddorf, Klein-Waldorf, Wierß-Blehnendorf und Klein-Blehnendorf je 1/2 Pfund Kunsthonig zum Preise von 38 Pfg.
- 2. Von Dienstag, den 7. bis Sonnabend, den 11. Mai:**
  - a) Auf die Marken 22 und 22 K der Danziger Lebensmittelkarte für Erwachsene und Kinder, sowie auf die Marken 19 der Lebensmittelkarte für Erwachsene und 19 K der Lebensmittelkarte für Kinder in den Nachbargemeinden je 125 Gramm Mähenerzeugnisse.
  - b) Auf die Marke 23 K der Danziger Lebensmittelkarte für Kinder und auf die Marke 20 K der Lebensmittelkarte für Kinder in den Nachbargemeinden 1 Päckchen Puddingpulver zum Preise von 22 Pfg.
  - c) Auf die Marke 23 der Danziger Lebensmittelkarte für Erwachsene und auf die Marke 20 der Lebensmittelkarte für Erwachsene in den Nachbargemeinden 1 Suppentafel oder 50 Gramm Suppenmehl, je nach dem Vorrat in den Geschäften.

Die Waren sind in den Geschäften, in denen die Anmeldung zum Bezuge von Mähenerzeugnissen erfolgt ist, erhältlich. Die von den Geschäften verzeichneten Marken sind den zuständigen Verwaltungsstellen unzugänglich einzurichten.

Bei Einreichung der Marken 21 und 21 K, 18 und 18 K an die Verwaltungsbüro, Reichspost 16 sind die verzeichneten Bescheinigungen an Handreichung anzugeben.

Danzig, den 2. Mai 1918. 138

Der Magistrat.



## Elbing

### Nährmittelverteilungsplan der Stadt Elbing

für die Woche vom 6. bis 12. Mai 1918

**Montag:** 1 Pfd. Kartoffeln (Kartoffelmarken für die Woche vom 6. bis 12. Mai 1918).

**Dienstag:** 1 Pfd. ausländische Dauerware Kaffee, Rispiceer, geröstete Schokolade, Zuckergarn für Schwere u. Schwerhardein.

**Mittwoch:** 1 Pfd. Ausländische Vollkornbrot (Zusatzkarte).

**Donnerstag:** 1 Pfd. Gerstenmehl (Kinderzulagekarte).

**Freitag:** 1 Pfd. Grütze (Nährmittelkarte).

**Sonnabend:** 1 Pfd. Marmelade (Nährmittelkarte) (vorbehaltlich rechtlicher Bestimmungen).

Elbing, den 4. Mai 1918.

Magistrat — Ernährungsamt.

# Damen-Hüte

Garn. jugendl. Bortenhüte	alle Farben	18 <sup>25</sup>
Elegante Bortenhüte	jugendlich gamiert	19 <sup>50</sup>
Elegante Bortenhüte	mod. gamiert	26 <sup>75</sup>
Garnierte Sporthüte	weiß	3 <sup>25</sup>
Moderne Strohformen	Fantasie-geflecht, grau	6 <sup>95</sup>
Moderne Strohformen	alle Farben	9 <sup>75</sup>
Schwarze Strohformen	in großer Auswahl von	5 <sup>45</sup> an

## Elegante Tagalformen

# Blumen = Strohborten = Reiher

# Julius Goldstein

Spezial-Putz-Abteilung [129] nur Lawendelgasse 4

## DANZIG Heumarkt

Telephon 1745

# Circus Strassburger

Heute, sowie tägl. abends

**7 1/2 Uhr**

Therese

## RENZ

in ihrem Dressur-Akt

und der übrige mit so grossem Beifall angenommene Spielplan.

Mittwochs, Sonnabends und Sonntags stets

**2 gleichgrosse Vorstellungen** nachmittags 3 1/2 Uhr, abends 7 1/2 Uhr.

## Alleiniger Billett-Vorverkauf

nur

## Zigarrenhaus Gebr. Wetzel

Langgasse 42 gegenüber dem Rathaus.

Telephon 601.

136

## Volkswacht

Danzig, Paradiesgasse Nr. 32

## Buchdruckarbeiten

für Handel und Gewerbe

## Schulunterrichtenes Mädchen

kennt sich als Danismädchen aus

Verlag Volkswacht, Paradiesgasse 32b.

## In freien Stunden

Seit 15 Jhr. zu beziehen durch die Buchhandlung Volkswacht.



Die Sozialdemokratie wird unterdrückt und die Konventionen überflutet das ganze öffentliche Leben in Preußen.

Sie sich nicht auf die große Masse der Wähler stützen können. Sie eine Unterdrückung anderer Parteien verhindern, so Sie das Verhältniswahlrecht einführen in Verbindung mit dem allgemeinen und direkten Wahlrecht. Die jetzige Verfassung, deren Änderung beim gleichen Wahlrecht Abgeordneter Lohmann bestritten haben wir stets bekämpft.

Auch die Polen müssen als gleichberechtigte Staatsbürger behandelt werden. Selbigen sind die Polen keineswegs eine Oppositionspartei. In allen Kreisen der Kirche und Schule, in den Agrarkreisen geben sie mit Mehrheit dieses Hauses Zustimmung. Die Gefahr, die angeblich Preußen beim gleichen Wahlrecht drohen soll, besteht nur in der Handlung der Herren, die keine besseren Gründe haben. Wenn Abgeordneter Lohmann meinte, daß die Leute nur dadurch, daß man die Unzufriedenheit erregt und durch Versprechungen für die Sozialdemokratie gewonnen werden, so irrt er.

Den Sieg des Sozialismus können Sie nicht hindern, wenn Sie noch so viel Sicherungen dagegen auftrifften. Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Was die Rückwirkung auf Gemeindevahlrecht betrifft, so sind wir stets für das gleiche Wahlrecht auch in den Gemeindevereinigungen eingetreten. Wir wollen nicht in allen Gliedern demokratisches Preußen haben. Erst dann kommt der Wille der Masse, der uns noch immer als der höchste Wille gilt, wirklich zur Geltung.

In der Kommission hat man sich nun nicht geschert, von der angeblichen Unreife des deutschen Volkes zu sprechen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das bietet man dem Volke, nach dessen Einigkeit es überhaupt erst möglich geworden ist, diesen Weg nach außen, siegreich zu führen und im Innern durchzuführen. Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) dem Volke, das durch seine Beteiligung auf allen Gebieten der sozialen Fürsorge keine Reife an den Tag gelegt.

Sie mögen das gleiche Wahlrecht jetzt zu Fall bringen, die Nacht haben Sie. Aber glauben Sie nicht, daß der Wahlkampf dann zur Ruhe kommt. Keine Macht der Welt wird imstande sein, dem Volke seinen Anteil an Gesetzgebung und Verwaltung auf die Dauer ruhig zu machen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Graf sprach von der Stimmung an der Front. Ich bezweifle, daß er die wirkliche Stimmung kennt.

Kommt denn ein Major im Divisionsstab in Berührung mit den gewöhnlichen Soldaten?

Was er vorgetragen hat, mag die Stimmung in gewissen Offizierskreisen sein, aber nicht die Stimmung der großen Masse an der Front. Und wie die Stimmung der Arbeiterklasse im Innern ist, das beweist die Ausrufung aus dem Zentrablatt der Christlichen Gewerkschaften: „Alle Schichten des deutschen Volkes und die unteren am meisten haben ihre Blutopfer in diesem Kriege gebracht und haben damit Anspruch darauf, über die Geschicke des Vaterlandes in voller Gleichberechtigung mitzubestimmen. Die deutsche Arbeiterklasse wird unter keinen Umständen zugeben, daß sie um den Preis ihrer Opferaten betrogen werde.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) So denken also die Gewerkschaften, die in der Zentrumsparthei ihre parlamentarische Vertretung erblicken. Wenn ein Teil des Zentrums gegen das gleiche Wahlrecht stimmt, so fehlt es sich damit nicht nur mit der Stimmung dieser seiner Arbeiterklasse in Widerspruch, sondern auch mit dem, was von jeder das Zentrum durch seinen herortragendsten Führer programmatisch in diesem Hause vertreten hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß das Wahlrecht unabhängig von den Steuern sein soll, und daß es nicht nur den Männern, sondern auch den Frauen eingeräumt werden muß.

Der Krieg hat diese Forderungen glänzend gerechtfertigt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) England ist zum Frauenwahlrecht übergegangen. Auch Norwegen, Finnland, Holland und andere Staaten haben im Kriege das Frauenwahlrecht eingeführt. Im übrigen haben wir unsere grundsätzlichen Wahlrechtsforderungen weder als Antrag eingebracht. Schließlich beantragen wir die Erhebung der Ausnahmebestimmung für Berlin, wonach für die Unfähigkeit in Berlin der Wahlbezirk an die Stelle der Gemeinde tritt.

Für den Fall der Ablehnung des gleichen Wahlrechts scheint die Regierung nicht an eine sofortige oder baldige Auflösung des Hauses zu denken.

Der Ministerpräsident sprach von neuen Sicherungsanträgen. Aber weder die Sicherungen sind so, daß ein großer Teil der Nationalparlamentarier oder Freikonserwativen ihnen zustimmen, dann müßte sie nicht sich fragen, ob um den Preis solcher Sicherungen das gleiche Wahlrecht nicht zu teuer bezahlt sei; oder die Sicherung genügt im Wahlrechtsgegnern doch nicht, dann würde alles so bleiben wie bisher. Da eine Verständigungsmöglichkeit nicht zu erblicken ist, bitten wir es für das Nächstste, daß die Regierung in zweiter Sitzung, wenn sie eine Mehrheit nicht findet, das Haus auflöst. Ich hoffe, daß die Regierung, daß sie nicht mit sich handeln läßt, dann leistet dem Volke den besten Dienst und so wird sie am besten die neue Wahlrechtsvorlage durchzuführen.

Die Erschütterungen, die der Vordränger vom Wahlkampf beunruhigt, sie sind da. Beim Wahlkampf würden die Parteien in Angriff und Gegner des gleichen Wahlrechts zerfallen. Auf der einen Seite würde die ungeheure Zahl der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Männer der Wissenschaft, auf der anderen Seite die große Zahl der Agrarier und der Schwerindustriellen stehen. Da hätte es mit dem Teufel zugehen, wenn die Mehrheit sich nicht die Anhänger des gleichen Wahlrechts zusammenschließen sollte. Die Abgeordneten sind von der Entscheidung auch ausgeschlossen, wenn wir die Beendigung des Krieges zu neuen Wahlen überlassen.

Denn unter dem Dreiklassenwahlrecht würden alle Feldgrauen, da sie wirtschaftlich ruiniert sind, in die dritte Abteilung geraten, also von Kriegsgewinnern und dergleichen überstimmt werden.

Die Feldgrauen würden dann ebenmäßig zu reden haben wie jetzt. Sie würden oft denen Dank wissen, die mit uns für das gleiche Wahlrecht kämpfen, wenn wir es ihnen möglich machen, in ein Land zurückzukommen, in dem sie sich wirklich heimisch fühlen können. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Fretlich dürfte nicht durch die Militärdiktatur die Agitation für das gleiche Wahlrecht unmöglich gemacht werden, wie das immer wieder geschieht. (Hört! hört! links.) Wenn die unverantwortlichen Missethäter aufhören, dann wird schon unter dem Dreiklassenwahlrecht die Mehrheit für das gleiche Wahlrecht zustande kommen.

Nicht durch die Einführung, sondern durch die Ablehnung des gleichen Wahlrechts würde der Siegeswille gelähmt werden.

Sie haben Sie es in der Hand, zu entscheiden, ob die Entwicklung friedlich oder in anderen Bahnen, die wohl keiner von uns wünscht, vollaufen wird. Es handelt sich nicht um eine preußische, sondern um eine deutsche Frage.

Das „preußische Regiment“ ist mit eine Ursache dafür, daß wir so wenig Freunde in der Welt haben.

Wir wollen nicht, daß dem Haß gegen Preußen und gegen Deutschland neue Nahrung gegeben wird durch das Gebahren einer kleinen Clique, die ihre Herrschaft nur noch einem überlebten Wahlsystem dankt.

Die Schicksalsstunde Preußens hat geschlagen. Das alte Preußen wird sterben, aber ein neues, besseres Preußen sich aus den Trümmern erheben. Sorgen Sie dafür, daß Sie unter den Trümmern nicht begraben werden. Bedenken Sie, daß die große Zahl kleiner Geschlechter sind. Lassen Sie die Gegenwart, die Sie jetzt für Sie bietet, nicht ungenutzt vorübergehen. (Bravos bei den Sozialdemokraten.)

### Wieder brüel abgelehnt

Trotzdem noch keine Auflösung!

So stand die Wahlrechtsfrage im Abgeordnetenhause am 2. Mai, dem von aller Welt erwarteten Entscheidungstage! Bitter rächte es sich, daß die Regierung die Entscheidung über das Wahlrecht des Volkes den Angehörigen des stets ungeschulten ausgebildeten Dreiklassenwahlrechts überlassen hat. Trotzdem ist die große Mehrheit überraschend, welche die Gegner des gleichen Wahlrechtes aufgebracht haben. Von 418 Abgeordneten stimmten 235 gegen den sozialdemokratischen Antrag Braun, der das gleiche Wahlrecht der Vorlage des Königs wiederherstellen wollte, und nur 183 für ihn. Die Mehrheit der Wahlrechtsfeinde und des Dreiklassenwahlrechtes betrug somit 52 Stimmen. Niemals hat man sie so groß erwartet. Mit fast der gleichen Mehrheit wurde das Dreiklassenwahlrecht beschlossen.

Die Regierung gab wider Erwarten noch keine Erklärung an. Sie will — wegen bestimmter Rücksichten — Verhandlungen mit ihren Gegnern abwarten.

Doch gilt für alle Wahlrechtsfreunde jetzt mehr als je die Mahnung: Bereit sein ist der halbe Sieg! Seid gerüstet, auf daß ihr nicht übertrumpft werdet. Jeder Tag kann jetzt Überraschungen von größter Tragweite bringen! (A. B.)

### Die Helden des „Wolf“ und ihr Wahlrecht

Vor ein paar Wochen war ganz Berlin voll Begeisterung und Jubel über den Einzug der „Wolf“-Mannschaft. Man feierte sie, überschüttete sie mit Blumen, bewirtete sie bei Kempins's, stopfte ihnen die Taschen voll Zigarren und Näscherlein, rief sich darum, einen von ihr als Quartiergast zu bekommen.

Man sollte meinen, daß diese Männer auch künftighin zu den geehrtesten in ganz Deutschland gehören werden. Aber betrachten wir einmal, wie die „Wolf“-Helden künftighin als Staatsbürger nach dem von der Kommission des Dreiklassenhauses beschlossenen Pluralwahlrecht dastehen werden.

Das Pluralwahlrecht gibt eine Zusatzstimme für Vermögen. Die große Mehrzahl der „Wolf“-Matrosen sind besitz-

lose Männer aus dem Volke. Sie konnten auch nicht während des Krieges große Gewinne machen, wie die dabei gebliebenen Kriegsgewinnern, auch konnten sie nicht nach dem famosen Rezept des konservativen Kommissionsmitgliedes 6000 Mark sparen. Denn dazu hätte bei der Höhe der Mannschaftenlöhne die „Wolf“-Fahrt nicht fünfviertel Jahr, sondern mindestens fünfzig Jahre dauern müssen.

Ebenso wenig werden die meisten von ihnen die Zusatzstimme für Einkommen erhalten. In jahrelanger Abwesenheit aus dem Beruf herausgerissen, werden sie Mühe haben, sich wieder einzugewöhnen. Mancher wird die größten Schwierigkeiten haben, auch nur sein früheres bescheidenes Einkommen zu erreichen.

Die Altersstimme? Man braucht sich nur die Photographien der prächtigen jungen Leute anzusehen, um zu wissen, daß die meisten 20—30 Jahre darauf warten können. Und wer jahrelang von Hause fern gewesen ist und das Meer durchsucht hat, der hat auch wenig Aussicht, die Zusatzstimme für hohe Kinderzahl zu erreichen.

Die Bildungsstimme? Daß die „Wolf“-Männer keine Dummköpfe sind, sieht man ihren Gesichtern an. Bei ihren jahrelangen Fahrten in aller Länder Gewässern haben sie auch sicher mehr gesehen und gelernt als mancher „gelehrte“ Spieler zu Haus. Aber das zählt ja nicht. Nur das Examen rechnet bloß, die formale Bildung gilt! Und darauf kann man sich leider nicht vorbereiten, wenn man in australischen Gewässern auf englische Schiffe Jagd macht.

Daß die „Wolf“-Mannschaften langjährige Inhaber kommunaler Ehrenämter sind, möchten wir ebenso bezweifeln, wie auch, daß sie auf eine 12jährige aktive Dienstzeit zurückblicken können. Sie sind ja in ihrer großen Mehrzahl keine Berufssoldaten, sondern werden sich freuen, nach dem Kriege wieder ins bürgerliche Leben zurückkehren zu können.

So werden — wenn der Kommissionsbeschluss Gesetz würde — die Helden des „Wolf“ wohl bei künftigen Landtagswahlen nur mit einer einzigen Stimme antreten. Während der dabei gebliebene Kriegsgewinner 5, 6 oder gar 7 Stimmen gegen sie in die Waagschale wirft. Kann für diese dauernde Zurücksetzung ein Freudenrausch von 3 Tagen, ein Bewirtung mit Blumen und Sekt entschädigen?

## Politische Wochenschau

### Deutschland

#### Sozialdemokratie und Steuerpolitik

Nachstehend lassen wir die vom Genossen Müller am 25. April im Reichstage gehaltenen Rede zu der neuen 3 Milliarden-Vorlage ausführlich folgen:

Herr Müller (Soz.): Der Staatssekretär weist auf das Verhältnis der indirekten Steuern zu den direkten hin. Man muß aber auch an ihre Beziehungen zur allgemeinen Lebenshaltung denken. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Die diesmal vorgeschlagenen indirekten Steuern sollen reiflos auf die Konsumenten abgewälzt werden, deshalb erklären sich ja auch einzelne Interessengruppen damit einverstanden.

Der Staatssekretär wollte ganze Arbeit machen. In der Tat sollen ausnahmslos alle Getränke, außer Quellwasser, Kaffeesurrogaten und etwa noch deutsche Leebäcker, erschöpft werden. Und diese Steuern gehen Hand in Hand mit einer dauernden Verschlechterung der Getränke. Das heutige Bier führt seinen Namen wohl überhaupt nur noch daher, daß es in den alten Bierfässern verfaßt wird. Als Nahrungsmittel kann man dieses schmeckliche Bier gewiß nicht mehr bezeichnen, und auch in den ersten Friedensjahren wird es so bleiben. Die Begründung erklärt die Biersteuer für erträglich, denn das Publikum habe die Biersteuer während des Krieges hingenommen. Nun — im Frieden hätten die Preiserschönerungen sicher zu Bierkravallen, in Bayern wohl auch zu Bierrevolutionen geführt. Der Patriotismus der Bevölkerung hat das während des Krieges verhindert. Für ganz besonders ungerecht halten wir es, daß neben der hohen Biersteuer auch die kommunalen Biersteuern noch erhalten bleiben sollen. Ganz besonders verheerend muß die Biersteuer auf die Gastwirte wirken, die unter dem Krieg so überaus schwer wegen der ungenügenden Belieferung zu leiden haben. Tausende von Erbsen sind in diesem Gewerbe vernichtet worden, und die neuen Getränkesteuern werden ihnen eine Wiederaufrichtung nach dem Kriege ungemein erschweren.

In der Kommission werden wir vor allem für eine andere Mischung von direkten und indirekten Steuern sorgen müssen.

Weinsteuern sind bisher immer abgelehnt worden, weil man glaubte, die Wirzer können sie nicht abwälzen. Durch die gestiegenen Weinpreise ist aber die Lage der Wirzer gegenwärtig sehr gut. Es wird ja geradezu Weinwucher getrieben — gibt es doch Leute, die 50 000 Mark in Wein anlegen, um 100 000 Kriegsgewinne vor einer Kriegsgewinnsteuer zu retten. Die Weinsteuer soll 20% betragen und der Staatssekretär nennt sie eine 2. i. Steuer, denn der Wein sei das Getränk der bestehenden Klassen. Im Westen Preußens und in Süddeutschland ist das keineswegs der Fall. Wir sind in Anbetracht der Bedürfnisse des Reiches keineswegs gegen jede Weinsteuer. Aber der vorliegende Entwurf trifft die billigen Weine ebenso hoch wie die hochwertigen Ausleseweine. Diese Ungerechtigkeit muß in der Kommission beseitigt werden. Ebenso ungerecht ist es, die weinähnlichen Getränke mit 20% zu besteuern. Auch bei der Schaumweinsteuer ist zu erwägen, ob die Fruchtweine ebenso hoch zu belasten sind wie die Vorlage es vorseht. Die Besteuerung der Mineralwasser ist überaus hart. Mit dieser Steuer will man gleichzeitig einen Zoll für Tee, Kaffee und Schokolade verbinden, damit die Leute nicht etwa von der Schokolade zum Tee übergehen. Gegen solche Zölle sprechen hygienische Bedenken. Der körperliche Verfall der Bevölkerung ist ja bedingt durch die wenig abwechslungsreiche Kost und die wenig abwechslungsreichen Getränke.

Vor allem sollte man den Kakaogenuß nicht erschweren, sondern ihn möglichst befördern.

(Sehr richtig! bei den Soz.)

Die Branntweinsteuer ist die erste Monopolvorlage, aber jedenfalls nicht die letzte. Die Bedürfnisse des Reiches zu decken wird ohne Monopole nicht möglich sein. Aber die Vorlage bringt kein Produktionsmonopol, sondern nur ein Verarbeitungs- und Handelsmonopol.

Die Vorlage ist lediglich eine Verstaatlichung der Spirituszentrale, d. h. also, die schrittweise Produktionsregulierung soll anrecht erhalten werden.

(Sehr wahr! bei den Soz.) Daher bleiben alle Gründe, die wir früher gegen die Branntweinsteuer angeführt haben, bestehen. Hinzukommt, daß die Gesetzgebung sich hier gegen den technischen Fortschritt richtet. Die Spiritusregulierung aus Brennereien reicht im Kriege nicht aus. Man mußte daher in Kriege das tun, was man früher immer durch die Gesetzgebung verhindert hat, Spiritus nämlich auf anderem Wege als in Brennereien erzeugen. Die betreffenden Fabriken sind mit Reichs- und Staatsmitteln ins Leben gerufen worden. Nun aber sollen sie durch die Gesetzgebung in ihrer Produktion so beschränkt werden, daß nur ja die Brennereien keinen Schaden

erleiden. Wir werden in der Kommission dafür sorgen müssen, daß nicht die Interessen der Brenner, sondern die der Allgemeinheit gewahrt werden.

Bei diesen Steuern sollte man noch fragen, wie sie auf die Stimmung der Bevölkerung wirken werden.

Wird sich denn die Bevölkerung, werden sich vor allem die Konsumenten die kolossalen Preiserschönerungen auch dauernd im Frieden gefallen lassen?

Liberaler und Konservativer haben darauf hingewiesen, daß in der Bevölkerung durch den Krieg ein Staatsgefühl erwacht sei. Wollen Sie ein solches Gefühl erhalten, dann dürfen solche Steuererhöhungen nicht gemacht werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Diese Steuererhöhungen erhöhen geradezu das Staatsgefühl; die Kommission möge den Gesetzen den starken sozialen Einspruch verschaffen, der jetzt in den Vorlagen nicht zu finden ist. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

#### Die Geschäftsleitung der Deutschen Friedensgesellschaft

hat in ihrer Sitzung vom 22. April beschlossen, auf das nachdrücklichste Verwahrung einzulegen gegen die während der letzten Wochen in immer gefährlicheren Formen vertretene Forderung, daß die Rundgebung des Reichstags vom 19. Juli 1917 als durch die Ereignisse überholt und erledigt zu gelten habe.

Diese Rundgebung war nicht aus einem Schwächegefühl hervorgegangen, sondern beruhte auf der Erkenntnis, daß nur ein Friede der Verständigung und dauernden Versöhnung den Interessen des deutschen Volkes entspreche und daß mit einem solchen Frieden erzwungene Gebietsverluste gleichwie politisch, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar seien.

Diese Wahrheiten können nicht heute gelten und morgen — je nach dem Wechsel der politischen und militärischen Lage — geleugnet werden. Sie bleiben bestehen ganz unabhängig von militärischen Erfolgen. Man mag von diesen hoffen, daß sie die Hindernisse eines Verständigungsfriedens auf der Gegenseite aus dem Wege räumen und daß sie es ermöglichen, innerhalb des Spielraums, den die Grundsätze der Rundgebung vom 19. Juli lassen, die Interessen Deutschlands und seiner Verbündeten noch wirksamer, als es sonst der Fall wäre, zu wahren; aber sie dürfen nicht neue Hindernisse der Verständigung aufstürzen.

Der allgemeine und dauernde Friede, den das deutsche Volk von den opferreichen Kämpfen im Westen erhofft, ist auch bei den glänzendsten Erfolgen der Offensive offenbar nur zu erreichen, wenn an dem Geist der Reichstagsentscheidung und an den feierlichen Erklärungen, die die Reichsregierung bei Beantwortung der päpstlichen Note abgegeben hat, festgehalten wird.

Die Abkehr von dieser Politik würde den Reichstag und die Reichsregierung auf das schlimmste bloßstellen. Die sicher nicht ausbleibende spätere Rückkehr zu den Grundsätzen des 19. Juli mußte dann als ein von außen dem deutschen Volke aufgezwungenes Zugeständnis erscheinen.

Wir aber wollen einen Frieden, der in voller Freiheit unserer Entscheidung die Zukunft des deutschen Volkes und den Weltfrieden sichert.

Die „Patrioten“ reihen aus. Der „Berliner Bund“ meldet: Die Lehner Blätter berichten, daß in letzter Zeit in Locarno verschiedene Landhäuser und Häuser von ausländischen Kapitalisten aufgekauft worden seien. Wir vernahmen, daß dasselbe auch im Luganergebiet geschieht. Die Käufe erfolgen zu einem den realen Wert zweifach dreimal übersteigenden Preise. Es ist geradezu eine Jagd nach Säugern. Es macht den Anschein, als ob die Kapitalisten sich aus den kriegerischen Staaten infolge der hohen Steuern flüchteten.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur J. Gehl. Danzig. Verlag Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig. Druck Königsberger Volkszeitung, B. m. b. H., Königsberg i. Pr.



# Wintergarten

Dir.: Artur Löwinsohn.  
Telephon 1925. Ulmer Tor 10. Telephon 1025.  
Ab Mißwoch den 1. Mai 1918  
und folgende Tage

## das glänzende Eröffnungs-Programm

1. Spielfolge.

Beschwister Elliot  
in ihrem  
phänomenalen  
Kraft-Akt

Liselotte u. Gert  
Gesang- und Tanz-  
Duett

Laryson & Rilay  
Komische Exzentrik-Redfahrer

Lona u. Clown Bell  
Zirkus auf der Bühne

Loros Zinnsoldaten  
Soldatenscherze  
Grosser Lacherfolg!

Konrad Horvath  
Grotesk-Komiker

Martiale u. Partnerin  
moderner  
Jongleur-Akt

Riko-  
Woche

Gy Coross  
Zauberkünstler  
mit seinen  
Originalen

2 Sonntag den 5. Mai  
2 grosse Vorstellungen: 2

3 Uhr bei ganz kleinen Preisen | 7 Uhr zu täglichen Preisen

Vorverkauf bei Behr, Freymann, beim Portier Hotel  
Norddeutscher Hof und im Theaterbüro. 137.

Wintergarten Wintergarten

# Herren-Hüte

in Filz und Velour, neueste Formen, erstklassige Fabrikate

**Stroh-Hüte**, streng solide Geflechte

**Knaben-Hüte**, jugendliche kleidsame Formen

**Herren- und Knaben-Mützen**

aus besseren Stoffen

**Rucksäcke :: Spazierstöcke :: Feldartikel**

empfehlen in reichster Auswahl zu bekannt mässigen Preisen

# Walter & Fleck

Abteilung Herren-Moden.

133

## Wochenplan des Danziger Stadttheaters

Montag, 6. Mai, 7 Uhr: „Hoffmanns Erzählungen“.  
Dienstag, 7. Mai, 7 Uhr: „König für einen Tag“.  
Mittwoch, 8. Mai, 7 Uhr: „Meine Frau, die Hoffmann-  
spielerin“. Zum ersten Male. Lustspiel von Möller  
und Weda.  
Donnerstag, 9. Mai, 7 Uhr: „Das Glöckchen des Eremiten“.  
Freitag, 10. Mai, 7 Uhr: Zum Besten der Wohlthätigkeits-  
Kasse des Deutschen Bühnennereins: „Erbe“, Tragikomödie von Karl  
Schönberr.  
Sonnabend, 11. Mai, 7 Uhr: „Carmen“.  
Sonntag, 12. Mai, 7 Uhr: „Der Zigeunerbaron“.

## Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt.

Sonntag den 5. Mai 1918, nachm. 4 Uhr  
im Lokale der Ww. Steppuhn-Schmidt

## Karl-Marx-Gedenkfeier.

Das Programm besteht in:

Gedächtnisrede, gehalten vom Gen. Julius Gohl  
Gesangsvorträge des Arbeitergesangsvereins „Sängergesang“  
Rezitationen von Herrn Schauspieler Hubermann  
und sonstigen Unterhaltungen.

Genossen und Genossinnen! In würdiger Weise wollen  
wir den Gedenktag des großen Fortämpfers des Sozialismus  
begehen. Zu recht zahlreicher Beteiligung ladet ein

Der Festausschuss.

Einlasskarten 50 Pf. à Person.

Karten sind bei allen Vertrauensleuten, im Zigarren-  
geschäft Sellin, Schüsselbamm, und in der Volks-  
wacht-Buchhandlung zu haben. 134

Notizbücher, Briefpapier, Feldpostkarten, Kartenbriefe, Tintenstifte  
und andere Schreibutensilien kaufen Sie vorteilhaft in der  
Buchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse Nr. 32.



## Uhren

Große Auswahl

in silbernen u. goldenen Damen- u. Herrenuhren  
Bekkeruhren in allen Preislagen

## S. Lewy Nfgr.

Uhrmacher, nur Breitgasse 28. 140

**Trauer-**

Hüte in reicher Auswahl

Busen Handschuhe zu billigsten Preisen

**Julius Goldstein**

Lawendelgasse 4, gegenüber der Markthalle

## Schnupftabak

echt gefärbter, garantiert rein.  
Julius Gosda, Rohabakgroßhandlung und Schnupftabakfabrik,  
Danzig, Ede Hätergasse 5 u. 2. Priesterstraße 5. Fernspr. 2428

## Lagerhalter

Die Sicherheit in der Zukunft kann nicht für sofort genügt. Kriegs-  
bedingte werden brüchig.  
Konsum- u. Spargesellschaft für Danzig u. Umgegend  
r. G. m. b. H. — Danzig, Holzmarkt 7.

## Fahrräder,

neu und gebrauchte Damen- und  
Herrenräder in großer Auswahl, beste  
Preiskontrollen

## Erziehungs- und Feuerzeuge

Gold, Silber, Bronze und Eisen-  
waren polierfähig. Schmuck- und  
Kunstgegenstände.  
Berlin 135

## Gustav Thoms

1. Pomm. 22/23, Ede Breitgasse,  
Danzig Nr. 3478.

## „Vollstürmige“

Gesellschafts-Genossenschaftliche  
Versicherungsgesellschaft

Ständige Ärzte für Erwachsene  
und Kinder. Kein Selbstversich.

Rechnungsstelle 16 Danzig  
Vom Sonntag, Danzig

## Neue und gebrauchte Fahrräder

Edelstahl-Holzrahmen, Leder-  
reifen, Ersatzteile für Fahr-  
räder.  
Zweiräder, Taschenmesser,  
Scheren, Schreibmaschinen,  
Schalplatten, Leuchtampeln,  
Batterien.

A. Hein, Breitgasse 113.

## Der wahre Jakob

15 Danzig

## Jugend

70 Danzig

## Simpleximus

50 Danzig

## Buchhandlung Volkswacht

Paradiesgasse 32.

## Allgemeine Ortskrankenkasse in Danzig.

Rechnungsabschluss für das Jahr 1917.

Stelle	Einnahme		Stelle	Ausgabe	
	M	S		M	S
1	9 933	32	1	196 982,09	24
2			2	11 072,30	35
			3	44 593,50	71
			4	150,55	10
			5		23 888
			6		143 672
			7		443 316,89
			8	2 259,56	55
			9		137 578
			10		6 643
			11		17 631
			12		148 179,22
					25 347,92
					508
			13		988,23
			14		45
			15		175 000
					2 500
			16		208 243,47
					154 159,60
					91 796,01
					454 193
					1 763
					5 593
					1 763
					1 999 821
					55
					1 999 821

Die Abnahme der Jahresrechnung ist in der Sitzung des Ausschusses am 22. April 1918 erfolgt.

Der Vorstand.